

N i e d e r s c h r i f t

**der 23. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
29.06.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:03 Uhr bis 19:51 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados		
Herr Harald Bartl	Stadtratsvorsitzender	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	Teilnahme bis 17:20 Uhr
Herr Michael Sprung	CDU	Teilnahme ab 14:06 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	Teilnahme von 14:15 bis 17:41 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Frau Birgit Leibrich	DIE LINKE.	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme von 14:30 bis 16:23 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE.	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Teilnahme von 14:12 bis 17:20 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	Teilnahme bis 18:35 Uhr
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	Teilnahme ab 15:49 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	Teilnahme ab 14:13 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme ab 14:10 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	Teilnahme ab 14:15 Uhr
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme ab 14:08 Uhr
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 14:13 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme bis 19:15 Uhr
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Teilnahme ab 17:35 Uhr
Herr Dr. Thomas Pohlack	Bürgermeister	Teilnahme ab 14:20 Uhr
Herr Egbert Geier	Beigeordneter	
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Lothar Dieringer	parteilos
Herr Uwe Heft	parteilos
Frau Katharina Hintz	SPD
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Einwohnerfrage **Herr Erwin Schuster** zur Erhebung von Verwaltungsgebühren im Ordnungsamt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Einwohnerfragen **Frau Anne Birner**, **Frau Bianca Senns** sowie **Herr Bernd Hartmann** zur Singschule.

Die Fragen wurden durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beantwortet, insbesondere zum Trägerwechsel vor drei Jahren.

Einwohnerfrage **Frau Heike Schreiber** zu folgenden Sachverhalten:

- Hochstraße,
- Sicherheitsanlagen Überwege Straßenbahn
- Polizei
- medizinische Hilfe in der Stadt Halle

Die Frage zur Hochstraße wurde durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beantwortet. Auf die anderen Fragen erfolgte der Verweis auf andere Zuständigkeiten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die 23. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 46 Mitglieder des Stadtrates (80,70 %) anwesend.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass Herr Erik Schulze (NPD) sein Mandat als Stadtrat zum 14.06.2011 niedergelegt habe. Da der entsprechende Nachrücker dieses Mandat nicht annehmen werde und von diesem bisher keine schriftliche Ablehnungserklärung vorliege, konnte noch keine Wiederbesetzung vorgenommen werden.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 5.15 Langfristkonzept Saline-Ensemble
Vorlage: V/2011/09849
in der Sitzung des Bildungsausschusses am 14.06.2011 vertagt
- TOP 6.1.1 Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Lebensqualität für Halle-Neustadt sichern - Städtebauförderung 2012 erhöhen (Vorlage: V/2011/09659)
Vorlage: V/2011/09766
erledigt, von Fraktion DIE LINKE. übernommen
- TOP 6.5 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Übertragung der städtischen Brunnen an die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
Vorlage: V/2011/09662
durch antragstellende Fraktion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 21.06.2011 für erledigt erklärt
-

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., erklärte den Antrag seiner Fraktion zum TOP 6.3

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der Straßenbahnhaltestelle Spechtweg
Vorlage: V/2010/09161

als erledigt.

Zudem vertagte **Herr Dr. Meerheim** im Auftrag der Antragsteller den TOP 7.2

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)
Vorlage: V/2011/09772

auf die Stadtratssitzung im August 2011.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass folgende Dringlichkeitsanträge vorliegen:

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2011/09939

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: V/2011/09939

Der Antrag wird unter TOP 7.12 behandelt.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt**

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2011/09940

Es gab keine Wortmeldungen zum Dringlichkeitsantrag.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: V/2011/09940

Der Antrag wird unter TOP 7.13 behandelt.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, CDU, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Umweltzone in Halle
Vorlage: V/2011/09947

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, und Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerten sich zum Dringlichkeitsantrag.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO:

Vorlage: V/2011/09947

Der Antrag wird unter TOP 7.14 behandelt.

**mit mehr als 2/3-Mehrheit
mehrheitlich zugestimmt**

Weiterhin liegen folgende Änderungen und Ergänzungen vor:

zu 5.3 Jahresabschluss 2010 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2011/09789

Hierzu liegt der Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2010 vor.

zu 5.8 Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" Halle-Saalekreis e.V.
Vorlage: V/2011/09811

Hierzu liegt eine Austauschvorlage vor.

Zudem liegen nachfolgende Änderungsanträge vor:

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt 'Frohe Zukunft' Halle-Saalekreis e.V."
Vorlage: V/2011/09923

Änderungsantrag der Stadträte Dr. Detlef Wend, Robert Bonan und Hanna Haupt (SPD-Fraktion) zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt >>Frohe Zukunft << Halle-Saalekreis e.V. (Vorlage Nr. V/2011/09811)

Vorlage: V/2011/09945

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Verwaltung den Änderungsantrag der Stadträte Dr. Detlef Wend, Robert Bonan und Hanna Haupt (SPD-Fraktion) in ihre Vorlage übernommen habe. Die so geänderte Vorlage liege den Stadträten vor.

Damit hat sich der Änderungsantrag der Stadträte Dr. Detlef Wend, Robert Bonan und Hanna Haupt erledigt und muss nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

zu 5.12 Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße
Vorlage: V/2011/09790

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße" (Vorlagen-Nummer: V/2011/09790)

Vorlage: V/2011/09941

zu 7.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Abschaffung der Betriebsferien beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09885

Hier wurden Änderungen durch den Antragsteller im Beschlussvorschlag vorgenommen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, beantragte, den TOP 4.1 des nicht öffentlichen Teils

Antrag des Kulturausschusses vom 13.10.2010 zur Sicherung des Fortbestehens der Singschule und der musischen Bildung von Kindern und Jugendlichen (Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE, Vorlage: V/2010/09259)

Vorlage: V/2010/09299

öffentlich zu behandeln. Aufgrund der Vorlage der Verwaltung zu dieser Thematik im öffentlichen Teil sei die nicht öffentliche Behandlung des Antrages nicht begründet.

Nach kurzer Diskussion wurde sich darauf verständigt, vorerst in den Prozess der Diskussion und Abstimmung über TOP 5.8 einzusteigen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, bezog sich auf den TOP 5.16

Orientierung für die Haushaltsplanung 2012

Vorlage: V/2011/09853

Der Beschlusspunkt 1 wurde im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat **nimmt die Orientierung** als Grundlage der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012 **zur Kenntnis**.

Demzufolge sei dies keine Beschlussvorlage, sondern eine Informationsvorlage und müsste unter dem TOP Mitteilungen behandelt werden.

Nach kurzer Diskussion änderte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** den Beschlusspunkt 2 wie folgt:

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Haushaltsjahr 2012 ohne eine Neuaufnahme von Krediten geplant wird. Eine eventuelle Kreditfinanzierung im Rahmen von STARK III wird gesondert behandelt.

Somit konnte die Vorlage als Informationsvorlage behandelt werden.
Die Vorlage wird unter TOP 9.6 behandelt.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 25.05.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: V/2011/09859
 - 5.2 Jahresabschluss 2010 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: V/2011/09739
 - 5.3 Jahresabschluss 2010 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2011/09789
 - 5.4 Feststellung des Jahres- und Konzernabschluss 2010 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2011/09852

- 5.5 Wirtschaftsplan 2011/2012 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2011/09837
- 5.6 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2010
Vorlage: V/2011/09831
- 5.7 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) aus Haushaltsjahr 2010 für das Vorhaben "Berufsfeuerwehr, Jahresansätze, Fahrzeuge" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: V/2011/09832
- 5.8 Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" Halle-Saalekreis e.V.
Vorlage: V/2011/09811
- 5.8.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt 'Frohe Zukunft' Halle-Saalekreis e.V."
Vorlage: V/2011/09923
- 5.9 Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 2. Änderung
- Abwägungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09748
- 5.9.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE.) zum Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 2. Änderung - Abwägungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: V/2011/09748)*
Vorlage: V/2011/09949 *während der Sitzung gestellt*
- 5.10 Bebauungsplan Nr. 32.3 Heide-Süd, 2. Änderung
- Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09749
- 5.11 Bebauungsplan Nr. 140.2 "Dölau, Wohngebiet Alfred-Oelßner-Straße " - Satzungsbeschluss
Vorlage: V/2011/09654
- 5.12 Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße
Vorlage: V/2011/09790
- 5.12.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße" (Vorlagennummer: V/2011/09790)
Vorlage: V/2011/09941
- 5.13 Beabsichtigte Einziehung einer Teilfläche der Großen Steinstraße, gelegen vor dem Grundstück Große Steinstraße 8
Vorlage: V/2011/09810
- 5.14 Erster Grundsatz- und Baubeschluss zur Brandschutzgrundsicherung an Schulen
Vorlage: V/2011/09809

- 5.15 *Langfristkonzept Saline-Ensemble*
Vorlage: V/2011/09849 abgesetzt
- 5.16 *Vorlage wurde unter TOP 9.6 behandelt*
- 5.17 - Baubeschluss - Ersatzneubau der Kraftsporthalle im Sportkomplex Robert-Koch-Straße in Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09545
- 5.18 Fortschreibung der Jugendhilfeplanung § 11-13,14,16 SGB VIII der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09580
- 5.19 Namensänderung einer Kindertagesstätte des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09722
- 5.20 Beschluss zur Klage der Stadt Halle (Saale) gegen die Errichtung eines Factory Outlet Centers in Wiedemar
Vorlage: V/2011/09867
6. Wiedervorlage
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Lebensqualität für Halle-Neustadt sichern - Städtebauförderung 2012 erhöhen
Vorlage: V/2011/09659
- 6.1.1 *Änderungsantrag der Oberbürgermeisterin zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Lebensqualität für Halle-Neustadt sichern - Städtebauförderung 2012 erhöhen (Vorlage: V/2011/09659)*
Vorlage: V/2011/09766 erledigt
- 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des "Bündnis für eine Soziale Stadt"
Vorlage: V/2011/09678
- 6.3 *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Fußgängerüberweges an der Straßenbahnhaltestelle Spechtweg*
Vorlage: V/2010/09161 erledigt
- 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09599
- 6.5 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Übertragung der städtischen Brunnen an die Hallesehe Wasser und Stadtwirtschaft GmbH*
Vorlage: V/2011/09662 erledigt
- 6.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Plakatierung in Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09624
- 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Berichterstattung gegenüber BürgerInnenschaft und Stadtrat
Vorlage: V/2011/09692

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Übernahme der Singschule durch den Verein Singschule i. Gr.
Vorlage: V/2011/09911
- 7.2 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ergänzung des Bildungs- und Teilhabepaketes des Bundes (Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen)*
Vorlage: V/2011/09772 vertagt
- 7.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Abschaffung der Betriebsferien beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09885
- 7.4 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zu Standortentscheidungen für Kunst im öffentlichen Raum
Vorlage: V/2011/09887
- 7.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09888
- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsberuhigung der Kleinen Ulrichstraße
Vorlage: V/2011/09918
- 7.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung von "Leitlinien guter Unternehmensführung"
Vorlage: V/2011/09914
- 7.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berücksichtigung der Instandhaltung der Brückenbauwerke im städtischen Haushalt
Vorlage: V/2011/09910
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage des Raumkonzeptes der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2011/09908
- 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle
Vorlage: V/2011/09905
- 7.11 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09898
- 7.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2011/09939

- 7.13 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2011/09940
- 7.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, CDU, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Umweltzone in Halle
Vorlage: V/2011/09947
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8.1 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Elisabethbrücke / Mansfelder Straße
Vorlage: V/2011/09799
- 8.2 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur geschlechtsspezifischen Datenerfassung
Vorlage: V/2011/09797
- 8.3 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Brandschutzmaßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen
Vorlage: V/2011/09806
- 8.4 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Mitgliedschaft in Unterhaltungsverbänden des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2011/09786
- 8.5 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Zustand des Pflasters in der Geiststraße
Vorlage: V/2011/09892
- 8.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Reparatur des Pflasters in der oberen Leipziger Straße
Vorlage: V/2011/09894
- 8.7 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Müllentsorgung am Hufeisensee
Vorlage: V/2011/09893
- 8.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu örtlichen Bausatzungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09897
- 8.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Fortschreibung der Fachkonzepte innerhalb der Haushaltskonsolidierung
Vorlage: V/2011/09884
- 8.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Besetzung von Personalstellen in der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2011/09883
- 8.11 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur Wahlplakatierung
Vorlage: V/2011/09882
- 8.12 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Winterschäden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09900

- 8.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Einhaltung und zur Kontrolle des Durchfahrstverbots in der Großen Ulrichstraße und der Großen Steinstraße
Vorlage: V/2011/09901
- 8.14 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zum Stand der Planungen für den Domplatz
Vorlage: V/2011/09902
- 8.15 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Innenbereichssatzung Nr. 1, Am Pestalozzipark der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09913
- 8.16 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu den Finanzströmen zwischen der Stadt Halle (Saale) und der event-net GmbH
Vorlage: V/2011/09912
- 8.17 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Umsetzung des pädagogischen Konzeptes der Inklusion
Vorlage: V/2011/09886
- 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu leer stehenden Schulgebäuden
Vorlage: V/2011/09899
- 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der Hortbetreuung in Halle
Vorlage: V/2011/09895
- 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Vorhaben kostenfreies WLAN auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2011/09917
- 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Verbesserung der Breitbandversorgung
Vorlage: V/2011/09916
- 8.22 Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Notfall-Wasserversorgung durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09915
- 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wassertourismuskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09904
- 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Perspektiven des Badens in der Saale
Vorlage: V/2011/09909
- 8.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen einer Reform des Vormundschaftsrechts
Vorlage: V/2011/09907
- 8.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Statistiken bezüglich Gewalt im häuslichen sowie im öffentlichen Bereich
Vorlage: V/2011/09903

- 8.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der Städtepartnerschaften
Vorlage: V/2011/09896
9. Mitteilungen
- 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II
- 9.2 Informationsvorlage - Bericht über die Aktivitäten zur Durchsetzung der Gefahrenabwehrverordnung (§ 15 GAVO) in Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion (Vorlagen-Nr.: V/2010/09181)
Vorlage: V/2011/09567
- 9.3 Bericht Schulwegsicherheit - Teilbericht Grundschulen
Vorlage: V/2011/09760
- 9.4 Information zum Antrag der SPD-Fraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung
Vorlage: V/2011/09683
- 9.5 Informationsvorlage zum Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM (V/2010/08709)
Vorlage: V/2011/09725
- 9.6 Orientierung für die Haushaltsplanung 2012
alt Vorlage: V/2011/09853
5.16
10. Anregungen
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anträge auf Akteneinsicht
- 12.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Unterlagen der Stadt Halle (Saale) zu allen halleschen Bauwerken
- 12.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Verträge zwischen der Personalagentur Uken und der Stadt Halle (Saale)

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.05.2011

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 22. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.05.2011.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verlas die in nicht öffentlicher Sitzung am 25.05.2011 gefassten Beschlüsse:

zu 3.1 Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH Vorlage: V/2011/09759

Beschluss:

1. Dem Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadtwerke Halle GmbH und der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH wird zugestimmt.
 2. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.
-

zu 3.2 Vergütung der Mitglieder des Beirates der Stadion Halle Betriebs GmbH Vorlage: V/2011/09752

Beschluss:

1. Die Mitglieder des Beirates der Stadion Halle Betriebs GmbH werden nach Kategorie E der vom Stadtrat beschlossenen Vergütung von Mitgliedern in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen entschädigt.
 2. Mitglieder des Beirates, die ihren Wohnsitz nicht in Halle (Saale) haben, erhalten Ersatz ihrer sitzungsbedingten Reisekosten nach den für hauptamtliche Beamte des Landes Sachsen-Anhalt geltenden Grundsätzen.
 3. Die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.
-

zu 3.4 Antrag auf unbefristete Niederschlagung einer Stellplatzablöseforderung Vorlage: V/2011/09532

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Stellplatzablöseforderung in Höhe von 380.452,29 € unbefristet niederzuschlagen.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.480.285,54 € wird mit der Kapitalrücklage von 11.843.153,85 € verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für das Jahr 2010 die Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.

zu 5.4 Feststellung des Jahres- und Konzernabschluss 2010 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2011/09852

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados sowie die Stadträte Frank Sängler, Michael Sprung, Dr. Bodo Meerheim, Ute Haupt, Getrud Ewert, Martina Wildgrube und Manfred Sommer nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung zum Beschlusspunkt 6 teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Einzelabstimmung der Beschlusspunkte
	Beschlusspunkte 1-5: mehrheitlich zugestimmt
	Beschlusspunkt 6: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss der HWG des Jahres 2010 wird in der von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 21. April 2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt 9.227.173,84 EUR.

Die Bilanzsumme beträgt 521.433.738,84 EUR.

2. Nach der Einstellung von 10% des Jahresüberschusses in die satzungsmäßige Rücklage werden vom Bilanzgewinn 2010 (Jahressabschluss 2010 abzüglich Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage und zuzüglich Gewinnvortrags des Jahres 2009) 7.300.000 EUR an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
3. Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 1.089.385,78 EUR wird als Gewinnvortrag auf das Geschäftsjahr 2011 vorgetragen.

4. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte, von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und am 21. April 2011 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Jahres 2010 mit

Bilanzsumme: 589.501.394,01 EUR

Konzern-Bilanzverlust: -217.100,37 EUR

wird festgestellt.

5. Dem Geschäftsführer der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt.
6. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung erteilt

zu 5.5 **Wirtschaftsplan 2011/2012 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle**
Vorlage: V/2011/09837

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerte sich **Frau Dr. Brock**.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird in ihrer Funktion als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) ermächtigt, den Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr vom 01.08.2011 bis zum 31.07.2012 zu beschließen.

zu 5.6 **Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2010**
Vorlage: V/2011/09831

(Frau Oberbürgermeisterin Szabados sowie die Stadträte Bernhard Bönisch, Swen Knöchel, Katharina Hintz, Gerry Kley und Dr. Inés Brock nahmen aufgrund des § 31 GO LSA nicht an der Abstimmung teil.)

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Ich hoffe, dass jedem jetzt die geänderte Beschlussvorlage und der Änderungsantrag vorliegen, der hier eingeflossen ist.

Dann können wir jetzt darüber sprechen. Es beginnt die Verwaltung. Frau Oberbürgermeisterin, bitte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Stadträte, ich habe noch einmal den Vertrag, den wir zum 01.01.2008 abgeschlossen haben, hier vor mir liegen. Aus dem Vertragstext geht sehr deutlich hervor, dass die Singschule unter dem Träger Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ zur musischen Förderung von Kindern und Jugendlichen nachdrücklich beitragen soll.

Aus der Präambel geht auch hervor, dass es ein Trägerschaftswechsel von einer städtischen Einrichtung, also dem Konservatorium „Georg Friedrich Händel“, an einen freien Träger, die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ war, wo man gesagt hat, wir machen das jetzt erst mal so, aber wir evaluieren, wir schauen, ob das alles so funktioniert, um dann ggf. noch Änderungen vorzunehmen.

Aus dem Vertrag geht auch eindeutig hervor, dass dieser zunächst für den Zeitraum von 2008 bis 2011 geschlossen wird mit Option auf Verlängerung um weitere 5 Jahre. Und dann ist weiterhin in dem Vertrag vermerkt:

„... Die Verhandlungen zur Verlängerung dieses Vertrages um weitere 5 Jahre sind bis zum 30.06.2011 abzuschließen. Das Verhandlungsergebnis bedarf der Zustimmung des Stadtrates ...“

Die Stadtverwaltung hat das gemacht. Wir haben die ganze Zeit über die Vertragstreue des Trägers geprüft. Es hat auch bestimmte Hinweise gegeben, wie z. B. die Einsetzung dieses Beirates, so dass die Fachlichkeit noch besser sichergestellt ist. Und wir als Verwaltung haben ein Verhandlungsergebnis erzielt, die Fortsetzung der Trägerschaft bei der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“.

Die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ hat mit einem Schreiben sich auch bereit erklärt, diese Trägerschaft weiter zu übernehmen, so dass für die Stadtverwaltung die Aufgabe bestand, eventuelle Änderungen mit aufzunehmen.

Und wir haben dann auch im letzten Hauptausschuss - weil wir ja auch ein großes Interesse daran haben, dass die Belange der Eltern, die Belange des Förderkreises, des Fördervereins entsprechend mit aufgenommen werden - noch mal ergänzt, dass wir als Verwaltung in die Verhandlungen jetzt noch mit aufnehmen, dass der künstlerische Beirat - bestehend aus Herrn Prof. Maas, Herrn Prof. Marggraf, Herrn Dr. Werner und Frau Dr. Wohlfeld - um maximal 3 geeignete Personen erweitert wird, wobei eine dieser Personen dem Förderverein angehören soll, damit dieser Förderverein mit in die Arbeit eingebunden wird.

Das ist ein deutliches Zeichen in die Richtung, dass dieser Beirat auch die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ bei allen künstlerischen und musikalischen Angelegenheiten der Singschule beraten soll einschließlich der Personalentscheidungen.

Ich habe jetzt mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ noch mal gesprochen. Und ich kann heute hier erklären - das konnte ich am letzten Mittwoch im Hauptausschuss noch nicht -, die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ wäre bereit, dieses in den Vertrag mit aufzunehmen.

Und darüber hinaus ist ja heute der Änderungsantrag gekommen, wo noch zwei Namen vorgeschlagen werden, nämlich in diesen Beirat Herrn Effner-Jonigkeit - Sie wissen das ist der Leiter des Konservatoriums - und Herrn Elster - das ist der Chorleiter des Stadsingechores - mit aufzunehmen. Und die dritte Person wäre ja dann die Person, die über den Förderverein in dem Beirat mitarbeiten wird.

Mit dem Träger konnte auch Einvernehmen erzielt werden - da ist vorhin noch mal ein Telefonat geführt worden -, dass die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ das Votum des Beirates anerkennen werde, wenn sich der Beirat auch verpflichtet, die wirtschaftlichen Interessen der Singschule immer mit zu beachten.

D. h. wir hätten jetzt mit diesem Zusatz einen Kompromiss auf dem Tisch, wo auf der einen Seite die künstlerische Qualität, die künstlerische Arbeit durch den Beirat noch mal gestärkt wird. Und wir hätten den Beirat auch mit Namen untersetzt, mit denen auch der Träger einverstanden wäre. Und wir hätten eine Möglichkeit, dass dieser Beirat wirklich auf die Arbeit des Trägers der Singschule einwirken kann.

Ich sage es noch mal in aller Deutlichkeit: Dem Träger ist nichts vorzuwerfen. Er hat vertragstreu gehandelt, er hat die vertraglichen Forderungen, die wir damals gestellt haben, eingehalten sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in künstlerischer Hinsicht. Es sind mehr Kinder dort unterrichtet worden als vorher.

Also d. h. die Stadt Halle, Sie haben damals den Beschluss so gefasst, wir als Verwaltung haben ihn umzusetzen. Und im Sinne dieses damaligen Vertrages, dass nämlich die Option der Weiterführung damals wirklich schon der Wille dieses Stadtrates war, in diesem Sinne hatte die Verwaltung zu handeln.

Und ich erkläre hiermit, dass wir keinerlei Möglichkeiten hatten, diesen Vertrag nicht zu verlängern, weil der Vertrag eingehalten worden ist und ich auch aus eigener Überzeugung wirklich der Meinung bin, dass der Träger alles getan hat, um diese Singschule in eine gute Zukunft zu führen.

Deswegen bitte ich Sie mit den Erweiterungen im Punkt 2 um Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung, damit - ich hatte es Ihnen vorhin vorgelegt, bis zum 30.06.2011 sollen die Vertragsverhandlungen gelaufen sein, soll das Ergebnis vorliegen - wir diesen Vertrag weiterführen können.

Ich danke Ihnen und würde Sie darum bitten, wenn Sie noch Fragen haben, diese zu stellen, damit ich die ggf. beantworten kann.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Ich habe drei Wortmeldungen bisher auf meiner Liste. Wir beginnen mit Frau Dr. Brock, dann Herr Dr. Wend und dann Frau Dr. Bergner.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Schönen Dank, dass ich als erste das Wort habe und gleichzeitig neben dem, was Frau Oberbürgermeisterin gesagt hat, den Änderungsantrag einbringen kann, der ja den gleichen Gegenstand betrifft.

Worum geht es in unserem Änderungsantrag? Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und unserer Fraktion beruht letzten Endes auf einer Erkenntnis, die uns hier schon öfter beschäftigt hat, nämlich der von Ihnen auch zitierten Schwierigkeiten in der Kommunikation, Verhärtung der Fronten - wie auch immer man das nennen will - zwischen Förderverein und Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“.

Wir haben uns seit Monaten damit beschäftigt - ich war über den Kulturausschuss da auch intensiv in Mediationsprozesse involviert - und es gab immer wieder die Botschaft, wir brauchen einen Neuanfang, wir brauchen einen neutralen Dritten. Und auch die CDU-Fraktion hat auf dieser Erkenntnis beruhend einen Prüfauftrag ausgereicht, der dann die Theater, Oper und Orchester GmbH mit hinein nehmen sollte in die Überlegung, was einen neuen Träger betrifft.

Insofern ist unser Antrag nicht unerwartet, sondern er beruht auf einer Erkenntnis, die lange im Kulturausschuss diskutiert worden ist und die aus unserer Sicht auch von einem großen Teil des Stadtrates geteilt worden ist.

Was wollen wir? Worum geht es konkret? Wir stehen mit Bewunderung auch vor der Initiative, in welcher Schnelligkeit und mit welcher Gründlichkeit und auch mit welcher personellen Untersetzung letzten Endes es gelungen ist, einen neuen Verein auf den Weg zu bringen, der ja auch aus unserer Sicht schon sehr kompetente Sachen vorgelegt hat, der genau diesen Neuanfang garantieren könnte. Und genau diese Verhandlungen wollen wir mit dem Änderungsantrag einführen.

Dazu ist notwendig erstens - wie Sie auch gesagt haben - die Kündigung bis zum 30.06.2011 mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“. Aber Neuverhandlungen mit einem anderen Träger sind in diesem Vertrag ja nicht Gegenstand. D. h. wir können durchaus, wenn die Kündigung passiert ist, mit diesem Verein i. Gr. in Vertragsverhandlungen gehen und fristgerecht zum 01.01.2012 die Übernahme vorbereiten.

Insofern gibt es aus unserer Sicht nichts, was gegen diesen Änderungsantrag sprechen würde, außer die Entscheidung und das sind meine letzten beiden Appelle:

Es geht letztlich darum, entweder geben wir den Kindern, die dort bereits integriert sind, und den Eltern ein Signal in die Richtung, wir wollen mit ihnen weiterarbeiten, wir wollen einen Neuanfang, wir wollen natürlich als Stadtrat jemanden anderes beauftragen, diese Leistung zu erbringen und das wieder auf einen guten Weg führen.

Oder wir wollen ein „weiter so wie bisher“. Und dieses „weiter so wie bisher“ hat aus unserer Befürchtung zur Folge, dass sicherlich viele Kinder und Elternhäuser, die bisher dort engagiert waren, sich verabschieden werden, was letzten Endes eine Aufschälung des Chores bedeuten könnte. Das möchten wir nicht.

Und deshalb dieser Änderungsantrag. Wir bitten darum, dass alle vor ihrer eigenen Entscheidung sozusagen überlegen, was sie letztlich damit tun, wenn sie der Vorlage der Verwaltung zustimmen oder unserem Änderungsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Wend bitte.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Stadtratskolleginnen und -kollegen, das Zankkonglomerat - kann man ja sagen - Singschule, Kinderchor, Jugendwerkstatt ist aus mehreren Sichtweisen einfach nur schrecklich. Es ist schrecklich auf der einen Seite, wie sich die Kontrahenten gegenüberstanden und da habe ich, auch wenn mein Änderungsantrag der Jugendwerkstatt „Frohen Zukunft“ hier noch Möglichkeiten einräumt, große Kritik an der professionellen Art und Weise, Konflikte zu lösen als Leiter einer Einrichtung, die sich am sozialen Bereich bewegt.

Und man muss auch sagen an die Applaudenten hier im Saal: Der Förderverein hat auch manchmal ganz schön schräg geschossen. Das muss man auch mal sagen, das war auch nicht in Ordnung. Das ist das eine, das ist erst mal blöd, dass das nicht funktioniert.

Das andere, was traurig an der Sache ist, ist die Tatsache, wie hier in der Stadt im Wechselspiel zwischen Stadtrat in Ausschüssen und der Stadtverwaltung Konflikte gelöst werden. Das ist eigentlich fast noch peinlicher an der ganzen Sache.

Also da gibt es Probleme, das taucht irgendwann auf, dann kommt der erste im Ausschuss, dann wird etwas erzählt. Offensichtlich ist es doch immer so bei solchen Sachen, dass da irgendwo was in der Mitte liegt. Da hat der eine Recht, da gibt es ein Missverständnis, da ist es dort. Das wissen wir alle aus unserer Lebenserfahrung, dass es nicht diesen einen Bösewicht gibt und alle anderen machen alles richtig. So ist es eben nicht.

Dann erleben wir als Stadträte in einem Ausschuss, sobald die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ sich meldet, mitleidsvolles Nicken bei der Stadtverwaltung, der arme Herr Roth und das ist ja ganz schrecklich und fürchterlich und das kann man ja kaum glauben, was der da alles aushalten muss. Wenn dann der Förderverein evtl. was zum Ausdruck bringt, sind die alle nicht zurechnungsfähig und mit denen kann man ja nicht reden, das stimmt alles nicht.

Also diese einseitige, egal welche Meinung man hat, man nimmt diese einseitige Wahrnehmung wahr und wundert sich. Dann muss erst der Ausschuss eine Moderationsrunde bringen. Die ist nicht - das möchte ich hier noch mal feststellen - von der Stadtverwaltung gekommen. Das Moderieren haben wir vorgeschlagen, weil wir gesagt haben, so geht es nicht weiter.

Dann haben sich auch da wieder Probleme ergeben, das kommt vor. Und dann hätte ich eigentlich gedacht bzw. dann gehe ich davon aus, dass von der Verwaltung der Impuls kommt, für die Bürger da auch einen weisen Entschluss zu finden. Aber nein, es wird natürlich weiter hart am Wind gesegelt.

Es wird so hart am Wind gesegelt, dass man dann die Rechtsabteilung fragt und sagt, wie können wir denn das Problem, evtl. kommen wir nicht durch mit unserer Vorlage, da fragen wir die Rechtsabteilung, wie kann die uns helfen. Dann sagt die Rechtsabteilung, da gibt es das mit der Option. Da kann ich nur sagen, es gibt auch noch etwas anderes in diesem Vertrag. Da steht nämlich in dem alten drin, der Vertrag kann jederzeit mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden - Seite 7 kann man die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ die Option ziehen lassen und anschließend kündigen. Ist nachgefragt bei Leuten, die Jura studiert haben. Es geht also.

Ich finde es auch ein bisschen eine Veräppelung von Stadträten, mit solchen formalen Tricks zu kommen. Das ganze kommt noch über Pfingsten rein, dass man es also 24 Stunden vorm Kulturausschuss hat und es schwer ist, sich da auch zu positionieren. Das finde ich alles sehr ungeschickt.

Ich habe immer versucht, auch wenn ich jetzt hier die Stadtverwaltung vielleicht etwas stärker kritisiere, hier einen Mittelweg zu finden. Ich habe immer versucht, lasst uns etwas Vernünftiges finden. Und daraufhin fußt jetzt auch dieser Änderungsantrag. Und dieser Änderungsantrag macht eigentlich folgendes: Er setzt einen Puffer. Er setzt einen Puffer zwischen den vielleicht rein organisatorischen wirtschaftlichen Interessen der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ und dem künstlerischen pädagogischen, das man dort leisten möchte.

Und es ist vielleicht möglich, dass das so funktioniert. Und ich glaube auch, dass wir dafür jetzt auch eine Mehrheit bekommen können. Und das wäre vielleicht ganz gut, als wenn man sich wieder in diese beiden harten Fronten zurück verzieht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Wend, Sie sprechen für die Fraktion?

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:

Nein, ich spreche für mich in diesem Fall mal.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Da sind Sie mit 3 Minuten jetzt schon über die Zeit.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:

Ja, es tut mir leid, aber das liegt mir jetzt am Herzen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion:

Ich komme zum Ende. Ich bedanke mich bei der Stadtverwaltung, dass sie den Änderungsantrag übernommen hat. Und ich bitte alle, wirklich noch mal nachzudenken, wie wir Probleme lösen wollen, wenn wir uns weiter so gegenseitig in die Hacken hauen. Danke.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Dr. Bergner bitte.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion:

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich hatte mich zunächst gemeldet, um noch kurz über den Kulturausschuss den Debattenverlauf zu schildern. Aber da ist ja schon so viel berichtet worden. Herr Dr. Wend hat mir auch schon einiges vorweg genommen, was dazu anzumerken war zum Diskussionsverlauf.

Die Diskussionen um die Singschule beschäftigen uns - Frau Oberbürgermeisterin hatte das schon gesagt - seit vielen Jahren. Und ich war schon 2008 eigentlich der Meinung, dass die Singschule am Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ immer am besten aufgehoben war und bin es jetzt auch noch.

Aber ich habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass damals auch schon zwischenmenschliche Unverträglichkeiten, wie Frau Dr. Brock das ausdrückte, ausschlaggebend dafür waren, dass wir doch einen neuen Träger gesucht haben und die Singschule mit ihrer Leitung, Frau Bauer und Herr Wippler, sehr glücklich waren, dass sie bei der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ gelandet sind.

Inzwischen ist dort viel an Reibungsflächen und Reibungsproblemen aufgetreten. Wir haben jetzt die Situation wieder so. Vor einem Jahr hat sich das schon angedeutet, dass an die Stadträte herangetreten wurde vom Kulturausschuss. Und im Kulturausschuss selbst haben wir das etwa seit einem ¾ Jahr ständig auf der Tagesordnung gehabt. Wir haben diese Mediationsrunden mit begleitet und haben immer die Hoffnung gehabt, dass sich doch Wege finden, dass beide aufeinander zugehen.

Ich denke auch - und da bin ich vielleicht anderer Meinung als manch anderer Stadtrat hier -, dass ein Kompromiss zwischen beiden doch noch möglich wäre. Denn die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ hat das ja zumindest immer zum Ausdruck gebracht. Und die Singschule hat in ihren Satzungen, ich habe ja alles sehr aufmerksam gelesen, was da an Papierflut auf uns eingestürmt ist, dass sie durchaus sich auch vorstellen könnte, mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft, in welcher Form auch immer, also hier natürlich in der Form Trägerverein, weiter zu arbeiten, auch in dem Gebäude Singschule. D. h. man muss ja auch über Mieten verhandeln und Ähnliches. Und man würde auch in dem Beirat mit beteiligt sein. Natürlich hier in der Vorstellung der Singschule.

Ich muss allerdings auch anmerken, man hat manchmal das Gefühl im Kulturausschuss, dass der Förderverein gerne vorschreiben würde, wie diese ganze Zusammenarbeit zu laufen hat und wie der Geldgeber - also die öffentliche Hand, hier die Stadt - das Geld an den Empfänger - also an die Singschule - auszureichen hat und in welcher Form das dort benutzt wird. So kann es nicht sein. Das hieße „der Schwanz wedelt mit dem Hund“.

Und ich denke, wir müssen schon uns selber auch ein Bild machen und eigene Prioritäten setzen. Und wenn ich die Prioritäten mir so vor Augen führe, muss ich sagen, im Schulbereich, aus dem ich ja zuerst kam, ist es so, dass ein Träger mindestens drei Jahre seine Validität unter Beweis gestellt haben muss, ehe überhaupt öffentliche Mittel an ihn fließen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Dr. Bergner, Sie sprechen für die Fraktion?

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion:

Ja, ich spreche für die Fraktion.

Und das ist hier noch gar nicht. Es ist noch nicht mal der Träger richtig griffig und mit allen eingetragenen Voraussetzungen da. Und wir müssten schon schauen, ob das die richtige Form ist, wie man Geld weiterleiten kann.

Bei der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ habe ich zumindest in letzter Zeit immer gespürt, dass sie sich sehr bemühen. Natürlich ist auch der Förderverein immer bemüht gewesen, das will ich gar nicht absprechen. Aber auch in der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ gab es gerade im Zusammenhang mit dem Kinderchorfestival sehr viel Anstrengung da auch Kompromisse zu finden. Herr Roth hatte jetzt auch noch mal begründet, dass er auch die Entscheidungen dieses Beirates, den wir ja nun mit in diese Vorlage eingearbeitet haben, akzeptieren würde und sich da also voll mit identifizieren könnte.

Ich bin der Meinung, der Träger hat schon seit Jahren Kindertagesstätten geführt, ohne dass da irgendwelche gravierenden Probleme zutage getreten sind. Man kann ihm die Kompetenz mit Kindern nicht absprechen. Und kulturelle Aufgaben hat er ja auch übernommen, interkulturelle, wissen wir ja. Man müsste dann auch sagen, wenn er kulturmäßig nicht in der Lage wäre, für die Stadt etwas zu tun, müsste man ihm das auch absprechen.

Also ich bin - und das ist mehrheitlich auch die Meinung der Fraktion - der Meinung, wir sollten der Verwaltung folgen, wobei das, was Herr Dr. Wend vorhin moniert hatte, für uns natürlich auch immer ein Problem war.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Danke. Frau Ewert und dann Herr Dr. Meerheim.

Frau Ewert, SPD-Fraktion:

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe im Hauptausschuss der Vorlage der Verwaltung plus der Änderung, den Beirat zu erweitern, zugestimmt. Ich habe das gerne getan, auch unter dem Aspekt den Förderverein einzubinden.

Ich kann aber jetzt dieser geänderten Vorlage nicht zustimmen, weil der Satz:

2. ... Der Beirat berät ...

heißt doch eigentlich, wenn man weiterliest, der Beirat bestimmt. Und da ist für mich deutlich, dass evtl. Konflikte weitergehen, dass das nicht zu einer Beruhigung beiträgt.

Ich finde, dass man da sehr klare Regelungen treffen muss. Der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft - so hat Frau Oberbürgermeisterin es ja betont - ist nicht vorzuwerfen, dass sie nicht gut gearbeitet habe. Die künstlerische Qualität hat wohl gestimmt.

Und deshalb kann ich das nicht mittragen, wenn der Beirat zukünftig bestimmt. Dann muss das auch beim Träger eigentlich liegen mit Einbeziehung des Beirates. Natürlich. Es gab ja auch schon einen, das waren vier Leute, die das wohl auch auf vernünftige Art und Weise versucht haben, das will ich gar nicht absprechen. Aber ich möchte mein Abstimmungsverhalten Ihnen hiermit erklären.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Jetzt, wie gesagt, Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, zur Historie will ich nichts sagen, da schließe ich mich den Einschätzungen von Herrn Dr. Wend voll an. Es hat da auf beiden Seiten Verletzungen gegeben. Jeder trägt da sein Scherflein an diesem historischen Prozess, der uns zu der heutigen Situation geführt hat und zu der Entscheidung, die wir heute zu treffen haben. Und das ist eine Entscheidung, die mit der Historie zwar zu tun hat, aber die weit in die Zukunft reichen soll.

Und wenn wir heute darüber nachdenken, was mit der Singschule und dem Kinderchor werden soll, sollten wir die heutige Situation sachlich, kritisch beurteilen und sagen, ist die Situation so bereinigt, dass wir davon ausgehen können, dass der Träger, der im Moment Singschule und Kinderchor betreut, für eine ausreichend gute Qualität auch in der Zukunft sorgen kann mit den Menschen, mit den Kindern und Jugendlichen, die heute in beiden Einrichtungen sozusagen freiwillig tätig sind.

Und ich glaube, wenn dem so wäre, wäre diese Situation, vor der wir heute stehen, nicht zustande gekommen. Und die Verwaltung hat in den letzten Wochen krampfhaft versucht, insbesondere den Mitgliedern der CDU-Fraktion ein Stückchen weit an einer Stelle entgegenzukommen, indem man einen Beirat einführen will, der jetzt mehr Möglichkeiten erhalten soll.

Jetzt haben wir sogar noch Vorschläge von Herrn Dr. Wend, wobei ich ihm gar nicht unterstelle, dass er das böse meint. Ich glaube ihm sogar, dass er hier wirklich versucht, eine Brücke zu schlagen. Aber ich halte seine Konsequenz nicht für bis zu Ende gegangen.

Und deswegen können wir diesem ÄA auch von Herrn Dr. Wend, der aufgenommen wurde von der Stadtverwaltung, so nicht zustimmen. Auch vor dem Hintergrund dessen, dass - wie Frau Oberbürgermeisterin selber zitiert hat - in dem alten Vertrag drin steht, dass das Verhandlungsergebnis dem Stadtrat zur Zustimmung vorzulegen ist. Sie können zwar hier etwas erklären, dass Sie gestern mit Herrn Roth telefoniert haben und der Ihnen die erste Passage, die Sie letzte Woche geändert haben, zugesagt hat. Herr Dr. Wend hat aber heute mal gerade seinen Änderungsantrag im Ratsinformationssystem „Session“ eingestellt gehabt.

Wenn Sie so ein schönes rotes Telefon haben, glaube ich Ihnen das sogar, dass Herr Roth auch diesem Änderungsantrag möglicherweise auch inhaltlich zustimmt. Aber das Ergebnis der Verhandlungen, zu denen wir Sie ja beauftragen sollen, liegt ja noch gar nicht vor. Und das sollte eigentlich nach Ihrer Auskunft bis zum 30.06. vorliegen. Deswegen tagen wir heute zu diesem Problem. Schade, dass wir nicht eher diesen Schritt gegangen sind, kann ich da nur sagen an dieser Stelle.

Heute ist der letzte Tag, wo wir auch die Kündigung aussprechen können. Deswegen beinhaltet unser Vorschlag nicht nur das Zugehen auf einen anderen Träger, sondern selbstverständlich um rechtssicher zu sein im Rahmen der vertraglich vereinbarten Fristen, diesen Vertrag mit dem Träger Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ aufzuheben.

Es lässt sich eigentlich auch noch eine schöne andere Frage anstellen. In dem Bericht, den Herr Beyer geschrieben hat an die Stadtverwaltung zum Verwendungsnachweis 2010 bzw. Bericht der Tätigkeit 2010, wird erklärt, dass es einen solchen Beirat schon gibt für die Singschule. Und es werden sogar neun Mitglieder namentlich benannt.

Jetzt muss man natürlich fragen: Welche Funktion übernimmt denn dieser Beirat, der schon existiert im Vergleich zu dem Beirat, der jetzt geschaffen werden soll? Werden die dann alle arbeitslos? Da sind auch solche bekannten Personen drin, wie Herr Dr. Werner, Herr Prof. Berger selber, Herr Prof. Maas, Prof. Marggraf, Frau Dr. Wohlfeld, Sabine Bauer, Klaus Roth und Thea Ilse.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Meerheim, noch 30 Sekunden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:

Das macht eigentlich nur deutlich, welches Chaos in diesem Betrieb der Verwaltung bezogen auf Singschule und Kinderchor und die Positionierung der Verwaltung dazu existiert, wenn es jetzt einen zweiten Beirat für die Singschule geben soll, der die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ beraten und jetzt nach dem Vorschlag von Herrn Dr. Wend möglicherweise sogar nicht nur beratende Funktion übernehmen soll, sondern beschließende. Das können wir nach meiner Auffassung überhaupt nicht beschließen, weil das wäre tatsächlich eine Einmischung in die Angelegenheiten Dritter. Das geht wahrscheinlich ein bisschen zu weit. Da müsste ich Frau Ewert sogar zustimmen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Meerheim, kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:

Wir wollen, dass eine Mehrheit in diesem Stadtrat einen Neuanfang wagt und einem neuen Träger, der gezeigt hat durch seine personelle Aufstellung der Beteiligten, die schon bekannt geworden sind, dass hier die Fachkompetenz dafür gegeben ist. Und wir wünschen uns für diesen Antrag eine Mehrheit.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Wolff, Moment bitte, Frau Oberbürgermeisterin möchte erst. Bitte Frau Oberbürgermeisterin. Danach Frau Wolff.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich bin gehalten, wenn denn absolute Falschdarstellungen erfolgen, sofort zu reagieren. Herr Dr. Meerheim, natürlich die Singschule hat einen Beirat. Das haben wir auch hier aufgeführt, einen Beirat des Kinderchorfestivals. Das steht hier. Da sind Herr Prof. Maas, Herr Prof. Marggraf, Herr Dr. Werner und Frau Dr. Wohlfeld vertreten.

Die Sie genannt haben, das war eine Findungskommission, die sich zusammengefunden hat, um einen neuen Chorleiter zu finden.

... Zwischenrufe

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Ich bitte um Ruhe.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Also noch mal ganz deutlich. Ich stelle hiermit klar, dass es einen künstlerischen Beirat des Kinderchorfestivals gibt, der besteht aus diesen Personen, die ich eben genannt habe und es ist der Vorschlag der Verwaltung, diesen zu erweitern.

Und ich erkläre noch mal, wenn ich vorhin gesagt habe, ich habe gestern telefoniert, ich habe heute telefoniert, weil ich ja auch heute erst davon erfahren hatte. Und Herr Roth hat mir heute mitgeteilt, dass der Träger die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ dieser geänderten Vorlage so zustimmen wird und das Votum des Beirates in künstlerischen Fragen und in den Personalfragen, wenn es z. B. um einen neuen Chorleiter geht, akzeptieren wird.

Das nur noch mal zur Klarstellung, damit nicht irgendein falscher Zungenschlag hier rein kommt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Gut, Frau Wolff bitte. Ich frage Sie gleich vorab: Sprechen Sie für die Fraktion oder für sich?

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:

Ich spreche für mich und auch für unseren Änderungsantrag. Von der Zeit her brauche ich auch gar nicht mehr als drei Minuten.

Es ist vieles gesagt worden, vieles ist zu unterstützen, was aus der Richtung von Frau Dr. Brock kam. Wir kritisieren auch die Verfahrensweise bis dahin, dass uns heute ein Änderungsantrag nicht von Ihnen vorgelegt wird, sondern eigentlich ein Änderungsantrag von drei einzelnen Personen der SPD, den Sie heute übernommen haben. Und da hätte ich eigentlich mehr erwartet von der Verwaltung. Wenn Sie wirklich an einer Kompromisslösung gearbeitet hätten, das uns auch vorzulegen bis dahin, da es ja zeitlich so eng bemessen ist. Das als erstes.

Das zweite ist, dass mir immer noch nicht klar ist, wie Sie im Vertrauen zwischen diesen beiden verhärteten Fronten durch einen Beirat, wo ich nur gehört habe, zu dem früher auch Frau Bauer zählte, sie ist hier gar nicht benannt. Ich weiß nicht warum, ich weiß nicht wie die Leute benannt werden, die in dem Beirat arbeiten und ob die ihre Zustimmung gegeben haben, das haben Sie auch noch nicht gesagt. Das war auch im Kulturausschuss noch unklar.

Und das dritte ist. Sie reden immer von erhöhter Zahl der Kinder. Und da muss man doch mal wirklichen Respekt der Arbeit vor Ort aussprechen. Das hat glaube ich nicht nur was mit dem Träger zu tun, sondern das hat auch was damit zu tun, dass da vor Ort qualifizierte Leute sind, die die Kinder ausbilden. Und das kam mir viel zu kurz in der Erwähnung auch in Ihrem Bericht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Kley bitte.

Herr Kley, FDP-Fraktion:

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, letztendlich ist wohl das Thema, was heute hier ansteht, zurückzuführen auf einige Leichtigkeiten bei der Übertragung zum damaligen Zeitpunkt. Denn wenn man es genau betrachtet, geht es letztendlich wohl nur um das Geld.

Es ist zum damaligen Zeitpunkt dem neuen Träger gesagt wurden, übernehmt das so wie es ist. Niemand hat sich genau die Finanzströme angeschaut, hat gesagt, was finanziert sich woraus. Und es wurde leicht nebenbei gesagt, dort ist noch eine Möglichkeit und da besteht eine andere.

Zum heutigen Tage erst versuchte man, Jahre später sozusagen, hier alles aufzuklären, was wie finanziert wird. Und plötzlich kommt es zu Streitigkeiten, die in der Öffentlichkeit als inhaltlich bezeichnet werden, aber letztendlich doch nur auf anderer Ebene ablaufen.

Und es ist betrüblich aus meiner Sicht, dass die gesamte gute Arbeit im Instrumentalbereich überhaupt nicht mehr diskutiert wird. Auch die Konzepte, die uns vorliegen beziehen sich nur noch auf den Chorbereich. Es geht hier nicht mehr um die Singschule. Es geht darum, dass der Kinder- und Jugendchor weiterhin betrieben werden soll. Wir sehen es an dem Finanzplan, der sich nur noch auf den einen Proberaum des Chores bezieht. Der Rest scheint nicht mehr dabei zu sein.

Und die Personen, die hier genannt werden, können nicht alle sozusagen hier in Haftung genommen werden für eine zukünftige Qualität. Hier besteht kein Träger, der im Moment das Angebot unterbreitet hat.

Und wenn von einiger Seite gesagt wird, dass es notwendig wäre, jetzt dem neuen Verein, der nur teilweise bekannt ist, das zu übergeben, damit wieder Friede und Ruhe einkehre, dann ist es für mich schon bedenklich, das gleich am ersten Tag mit Unterlassungsklageandrohung gearbeitet wird für Behauptungen, die sehr wohl beweislich sind. Also man Dinge hier anderweitig darstellt und gleich mit Anwälten droht. Ob das jetzt der richtige Weg in den Frieden ist, muss bezweifelt werden. Da werden Stadträte über abendliche Telefonanrufe noch mal versucht, unter Druck zu setzen und Ähnliches. Ich weiß nicht, ob das die Zukunft sein kann.

Wir haben auf der anderen Seite einen Träger, der damals in schwieriger Lage diese Schule übernommen hat und der, das ist ja auch gesagt worden, sehr gute Arbeit geleistet hat in der Ausbildung der Kinder. Und das ist seine Hauptaufgabe.

Und deswegen sollte man aus Sicht der Stadt nicht ohne Not hier „die Pferde wechseln“. Ich hoffe allerdings, dass jetzt in den zukünftigen Verhandlungen oder auch bei anderen zukünftigen Einrichtungen einfach solider gearbeitet wird, dass auch alles klar ist, wie es weiterverlaufen soll.

Das Thema mit den Beiräten, ich glaube, das hat sich jetzt geklärt. Es gab einen Beirat für das Festival. Es soll einen Beirat für die Singschule geben, um hier eine stärkere Verknüpfung auch durchzuführen. Und wir begrüßen das sehr, dass man an dieser Stelle arbeitet. Wie gesagt, unsere Haltung ist hier eindeutig. Es gibt einen Träger, der hat es gekonnt, er hat das nachgewiesen, die Ausbildung der Kinder ist zufrieden. Ich habe auch kein Elternteil aus dem Instrumentalbereich gehört, die irgendwelche Klagen führen würden.

Hier sollte man aus unserer Sicht weiter so fortfahren und zukünftig natürlich auch darauf achten, dass auch die Funktion eines Fördervereins klar ist. Der Förderverein fördert die Einrichtung und nicht umgekehrt. Ich kenne das aus vielen anderen Fördervereinen, in denen ich Mitglied bin. Wir haben da auch manche schwere Entscheidung mit dem jeweiligen Hauptgremium getroffen. Aber das ist nun mal die Aufgabe, dort auch in Notzeiten dabei zu stehen und nicht in Notzeiten von der Fahne zu gehen und quasi mit Klagen und Unterstellungen gegen den eigenen Träger zu arbeiten.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.
Herr Bönisch bitte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion:

Doch, dann möchte ich noch eine Frage stellen. Die erste Fragestellerin heute. Ich habe den Namen nicht notiert. Sie fragte nach, was mit der Regelung 27 Jahre und Jugendliche und nicht 27 Jahre da gemeint sei. Ich habe jetzt hier diesen Passus in dem Vertragstext nicht gefunden, auf den sie Bezug nimmt.

Ist es tatsächlich möglicherweise so - das will ich jetzt einfach sicherheitshalber fragen -, dass der sogenannte Jugendchor, der ja nun durchaus nicht nur jugendliche Mitglieder hat, damit ausgebremst werden könnte oder sollte? Das will ich einfach nur gerne mal hören, ob so eine Absicht dahinter steht oder ob man das, was vielleicht schon immer Gepflogenheit war, nur jetzt so interpretieren kann. Dazu hätte ich gerne diese Aussage.

Und ich möchte auch noch aus meiner Sicht sagen, Frau Szabados, wenn Sie gesagt haben, der Träger hat alles richtig gemacht am Anfang, dann war das vielleicht nicht ganz der richtige Zungenschlag. Also es gab, wie die anderen Vorredner auch sagten, doch auf beiden Seiten Verfehlungen. Wir sehen allerdings tatsächlich, wie Frau Dr. Bergner ausgeführt hat, die bessere Möglichkeit jetzt in der Fortführung des Vertragsverhältnisses.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Dr. Wohlfeld könnte vielleicht zu dieser Frage konkret antworten. Bitte.

Frau Dr. Wohlfeld, Kulturreferentin:

Herr Vorsitzender, Herr Bönisch, Ihre Frage, das finden Sie nicht im Vertrag, sondern im angehängten Leistungskatalog. Da ist sozusagen die Chorarbeit jetzt in der Tat begrenzt auf Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre. So heißt es wohl ganz genau.

In der vorangegangenen Periode und in dem vorangegangenen Leistungskatalog waren die Erwachsenen tatsächlich noch dabei. Und die Damen und Herren Stadträte, die im Kulturausschuss sind, werden sich erinnern, es gab schon dort eine Diskussion, ob das überhaupt möglich ist, dass wir mit öffentlichen Geldern Erwachsene sozusagen subventionieren.

Wir können als Stadt, so haben wir uns bekannt, einen Chor unterstützen, der Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre aufnimmt. Ansonsten können die Erwachsenen gerne unter dem Dach der Singschule einen Chor bilden, müssten ihre Chorleiter dann natürlich selbst finanzieren, wie das ja schon beim Lehrerchor so gehandhabt wird.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Dr. Bergner zum Zweiten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion:

Ich muss nur noch mal für mich zur Klärung nachfragen. Wir haben ja die Gebührensatzung des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ in der Singschule mit übernommen. Und da gibt es ja auch für Erwachsene mit einer entsprechend höheren Gebühr die Möglichkeit, alle Dinge, die im Konservatorium angeboten werden, mit in Anspruch zu nehmen. Gibt es da jetzt irgendeine Sonderregelung für die Singschule? Mir ist das jetzt nicht bewusst.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Nochmal Frau Dr. Wohlfeld, bitte.

Frau Dr. Wohlfeld, Kulturreferentin:

Das ist in dieser Frage so mit dem Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ nicht vergleichbar, weil es am Konservatorium keinen Chor gibt, der Erwachsene aufnimmt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Wenn das dort noch ein Problem gibt, dann schauen wir uns das noch mal genau an und werden uns weiter, wie das damals schon war, an das Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ anlehnen. Aber hier in der Präambel stand wirklich, ich habe es Ihnen vorhin vorgelesen, Kinder und Jugendliche. Und dieser Präambel folgend ist das jetzt auch hinten im Leistungsverzeichnis mit aufgenommen worden.

Aber ich denke, das ist nicht das wirkliche Problem. Das würden wir so machen, wie das auch im Konservatorium vorgenommen wird. Und das müsste dann eben in der Finanzierung entsprechend anders sein, weil ja Erwachsene doch mehr bezahlen als Kinder und Jugendliche.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Wolff noch mal, bitte.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:

Aber ich verstehe das nicht. Sie haben es ja extra geändert. Und vorher haben wir es vom Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ so übernommen in die Singschule. Und jetzt ist das explizit eine Änderung in dem Vertrag. Und das müssen Sie schon erklären.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Frau Dr. Wohlfeld hat es erklärt. Die Präambel sagt: Kinder und Jugendliche in dem Vertrag. Damals ist das so übernommen wurden. Am Konservatorium gibt es aber jetzt keinen Chor mehr für Erwachsene. Und deswegen hat man die Anpassung in diese Richtung gemacht.

Ich habe doch aber eben erklärt, wenn das jetzt ein Problem ist, dann kann man gerne noch mal hingehen und kann sich, wie man sich bei der Instrumentalseite an dem Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ orientiert, dass man das bei der Chorseite dann genauso macht.

Und Frau Wolff, wenn Sie vorher sagen: Die Verwaltung hätte hätte hätte. Die Verwaltung hat Ihnen unser Verhandlungsergebnis vorgelegt als Signal und als Zeichen dafür, dass wir auch ein großes Interesse daran haben, hier zu schlichten und zusammen zu führen, weil wir an der Singschule ein Interesse haben.

Und ich muss hier noch mal betonen. Die Singschule ist eigentlich der größere Teil, vielleicht knapp 70 % und der Chor das sind die 30 %. Denken wir doch mal daran, dass das insgesamt vernünftig weitergeführt werden soll. Und ich habe vorhin nur gesagt, natürlich sind hier Fehler gemacht wurden, das war aber - Herr Kley hat darauf hingewiesen - auch ein Stückchen weit vorprogrammiert. Wir haben damals gesagt, weil es damals schon die Verwerfungen gab zwischen Konservatorium und der Singschule, gut in Ordnung, müssen wir jetzt mal einen Träger finden.

Und deswegen sind ja auch die Formulierungen reingekommen. Man muss jetzt mal sehen in drei Jahren wie läuft es und an welcher Stelle muss man vielleicht etwas ändern. Aber jetzt der Verwaltung einen Vorwurf zu machen, weil sie jetzt hingegangen ist und gesagt hat, gut hier sind jetzt Vorstöße, hier sind jetzt auch nicht nur Vorstöße, sondern es sind auch wirklich Anregungen gekommen, die es auch verdient haben, aufgenommen zu werden, das habe ich schon im letzten Hauptausschuss gesagt. Warum sollen wir denn das nicht tun?

Und dass ich mich dann auch mit dem Träger, der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ noch mal kurzschließe, um Ihnen hier nicht etwas vorzulegen, wo ich das nächste Mal komme und sage, nein das können die überhaupt nicht mittragen, das ist doch normales Geschäft.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Häder bitte.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich muss mal ganz ehrlich jetzt für mich sagen: Für mich ist das heute eine Entscheidung, wo ich mich nicht in der Lage sehe, über den einen oder den anderen den Daumen nach oben zu halten, sondern ganz klar sagen, ich persönlich kann für mich nicht entscheiden, wer der bessere Träger ist.

Ich hoffe, egal wie die Entscheidung ausfällt, dass es weiterhin eine gedeihliche Zusammenarbeit, in welcher Form auch immer, gibt und nicht der Bestand der Singschule darunter leidet.

Ich sehe aber ein Problem, weswegen ich noch mal gerne nachfassen möchte, aus Sicht der Stadt. Es ist jetzt immer die Gefahr beschworen wurden, dass da sehr zerrüttete Verhältnisse sind, so dass ich die Gefahr unter Umständen sehe, angenommen die Singschule bleibt jetzt bei der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“, dass dann unter Umständen das Angebot von denen, an die es sich richtet, nicht mehr angenommen werden wird. Dass wir unter Umständen Fördermittel für etwas ausreichen, also ein Angebot vorhalten, ohne dass das dann tatsächlich angenommen wird.

Ob dann die Stadt dann bitte in dem Vertrag in irgendeiner Form auch immer dann möglichst sicherstellen kann, dass wir da nicht für mindestens drei Jahre weiterhin 200.000 € Sach- und Personalkosten finanzieren, obwohl dann unter Umständen die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“, obwohl sie es gerne möchte vielleicht, aber weil im Prinzip die Nachfrage nicht mehr da ist, dann dieses Angebot gar nicht in dem Umfang aufrecht erhält, so dass dann wir nicht irgendwann uns in die Augen schauen müssen nach 1 ½ Jahren und sagen, wir haben es zwar gut gemeint, aber leider haben es die Beteiligten nicht so angenommen. Und wir zahlen dann im Prinzip weiterhin aufgrund der vertraglichen Regelungen das Geld in bisheriger Höhe. Ob da dann zumindest eine Vorkehrung getroffen wird.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Direkte Antwort, bitte.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich hatte vorhin schon mal betont, dass der Chor vielleicht etwa 30 % ausmacht und die Singschule etwa 70 %. Natürlich es bemisst sich daran, wie viele Kinder und Jugendliche dann auch im Chor singen, im Chor diese Ausbildung haben.

Ich bin optimistisch, weil das unser Anliegen als Stadt ist und wir das auch an den Träger heran tragen, natürlich einen Chor vorzuhalten und diese Chorausbildung zu gewährleisten. Wenn dann sich gar niemand meldet und niemand dort hingehet, natürlich müssen wir dann mit dem Träger verhandeln - das ist auch aufgenommen -, dass man dann das Leistungsangebot ändern muss. Ich meine, wenn da niemand ist, der hingehet, dann werden wir das auch nicht bezahlen.

Aber ich gehe fest davon aus - es wachsen ja auch Kinder nach -, dass die Bemühungen des Trägers einen Chor zu haben, fruchten werden. Aber wir werden nichts bezahlen, wo keine Leistung dahinter steht. Definitiv nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Krausbeck bitte.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen, dass mit dem Änderungsantrag eigentlich keine Entscheidung zugunsten des neuen Vereins als neuer Träger getroffen wird. Im Gegensatz zur Vorlage, die jetzt von der Verwaltung hier vorgelegt wird, womit dann die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“, ohne dass wir den Vertrag jetzt im Einzelnen hinsichtlich des Beirates in seinen Regelungen kennen, dann hier als Fortführung mindestens bis zur nächsten Kündigungsfrist hier so beschlossen werden soll.

Der Änderungsantrag schlägt ja eigentlich nur eine fristgerechte Kündigung vor. Das ist nach dem Vertrag - auch wie Herr Dr. Wend das dargestellt hat - auch möglich.

Insofern schließt sich das mit dem Optionsrecht, was jetzt von Ihrer Seite als Verwaltung hier vorgestellt wird, eigentlich auch aus. Und auch die Ausführungen, die wir im Kulturausschuss zur Unzulässigkeit unseres Änderungsantrages erlebt haben, die können eigentlich auf Grundlage dessen nicht halten.

Also nur noch mal der Hinweis: Es soll fristgerecht gekündigt werden. Da ist nicht ausgeschlossen, dass ein Vertragsabschluss mit dem neuen Verein nicht zustande kommt.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. So trete ich jetzt in die Abstimmungsphase ein. Ein Geschäftsordnungsantrag, bitte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion:

Ich beantrage eine Auszeit für die CDU-Fraktion.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Wir haben jetzt eine Auszeit von 5 Minuten.

Der Stadtrat legte eine Auszeit von 10 Minuten ein.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Meine Damen und Herren, es gibt noch weiteren Redebedarf. Herr Bönisch hat sich noch mal gemeldet. Bitte.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion:

Ich wollte nur für die Fraktion, jetzt in Auswertung unserer Auszeit, sagen, dass wir keine wesentlichen Änderungen der Position haben. Wir werden der Vorlage mehrheitlich zustimmen unter der Voraussetzung, dass die Erwachsenen in dem sogenannten Jugendchor weiter mitmachen können zu den Regeln, die auch für das Konservatorium „Georg Friedrich Händel“ gelten, wenn sie dort eine entsprechende Ausbildung bekämen oder eine musikalische Betätigung wahrnehmen.

Das möchte ich ganz deutlich sagen. Wir wollen nicht diesen Chor ausbremsen auf diese Weise, dass wir das jetzt präzisieren und sagen, es ginge alles nicht. Das wäre für uns jetzt ein schwerer Einschnitt und das würden wir nicht mittragen. Ich hoffe jetzt, dass das alles noch reparabel ist, ansonsten geht es nicht. Ansonsten können wir jetzt nicht abstimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich hatte vorhin schon erklärt, dass wir die Regelungen des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ so aufnehmen und in die Verhandlungen gehen. Und ich fasse das so auf, dass das, was unter Punkt 2 steht und jetzt noch der Zusatz die Regelungen, die im Konservatorium gelten, die sollen auch in der Singschule gelten, dass das jetzt noch als Protokollvermerk aufgenommen wird und dass unter diesen Maßgaben dann diese Vertragsverlängerung stattfindet. Wenn das nicht zu erreichen ist, dann müssen wir noch mal kommen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Wolter bitte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe mich jetzt zurück gehalten und wollte mich eigentlich nicht äußern, weil mich das auch so ärgert und ich meinen Ärger im Zaun halten kann, auch Ihnen gegenüber Frau Oberbürgermeisterin. Das ist ja hier geäußert wurden die Kritik an Ihrem Vorgehen zu diesem Konflikt und hier - ich sage mal - für mich immer so eine gewisse „Ignoranz“ gegenüber einer sehr vehementen Kritik in einer unterschiedlichen Stimmlage hier auch im Rat.

Ich würde Sie jetzt nach den ganzen Hinzufügungen und Änderungen doch noch mal bitten, wir haben hier eine Vorlage von Ihnen, wo im ersten Punkt steht:

1. Der Stadtrat stimmt dem Verhandlungsergebnis ... zu gemäß der Anlage.

Auch noch mal mit dem jetzt hinzugefügten Wunsch oder Bitte von der CDU-Fraktion bezüglich des Erwachsenenchores oder der Öffnung des bisherigen Verhandlungsergebnisses haben Sie jetzt unter Punkt 2 eine gewisse Öffnung, einen Auftrag noch mal erhalten oder sich selbst sozusagen auch noch mal gegeben bezüglich des Verhandlungsführens mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“.

Ich wollte Sie fragen: Wann und in welcher Form wird denn jetzt ein wirkliches Verhandlungsergebnis dann fixiert? Und wann wird es dann dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben?

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Frau Oberbürgermeisterin.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Herr Wolter, Ihrer Kritik kann ich weiß Gott nur bedingt zustimmen. Ich habe sehr zeitig versucht, die Streitparteien zusammen zu führen. Aber manchmal sind die Interessen so konträr, dass ein Zusammenführen schwierig möglich ist. Und ich stimme Herrn Kley ausdrücklich zu, ein Förderverein sollte alles tun, um den Chor zu fördern. Und da hat es sicherlich auch einiges an kritischen Stimmen zu geben.

Auf der anderen Seite habe ich versucht, auf den Träger dahin gehend einzuwirken, dass er weitestgehend versucht, soweit das zumindest nicht den künstlerischen und den pädagogischen Dingen abträglich ist, dem Förderverein entgegen zu gehen. Und ich habe es noch mal betont. Der Chor - und um den geht es hier vor allen Dingen - sind 30 %.

Ihre Anregung, die Sie jetzt noch mal gegeben haben, also hier steht:

1. ... stimmt dem Verhandlungsergebnis zu.

Wir haben einen Auftrag, bestimmte Punkte mit aufzunehmen. Ich habe vorhin erklärt, dass ich heute mit dem Geschäftsführer telefoniert habe, also über die Dinge, die letzte Woche im Hauptausschuss hinzugekommen sind, wo das noch ein Auftrag war, habe ich mitgenommen. Dort stimmt die Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ zu.

Ich habe heute früh telefoniert. Der jetzt hier „fett gedruckten“ Erweiterung würde die Jugendwerkstatt auch zustimmen.

Das, was jetzt noch von der CDU-Fraktion gekommen ist, nämlich, dass so zu stricken, dass auch Erwachsene in dem Chor mit sein können, habe ich gesagt, nehme ich auf, kann ich aber jetzt nicht erklären: ja das übernimmt die Jugendwerkstatt. Das würde ich als Auftrag mitnehmen.

Und ich sagte es eben schon, wenn es nicht zu erreichen ist, dann müsste ich noch mal hier in den Stadtrat kommen.

Wenn es zu erreichen ist, dass also die Konditionen des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ übernommen werden, dann wäre das das Votum und ich kann dann diesen Vertrag so unterschreiben und die Verlängerung wäre da. So ist das.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Dr. Meerheim bitte.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE.:

Ihr Vorschlag ist ja aller Ehren wert. Nur er geht rechtlich überhaupt nicht mehr zu verwirklichen. Weil nach dem Vertrag haben wir eine Erklärungszeit bis zum 30.06.2011. Und das ist morgen. Und wenn wir bis dahin uns nicht geäußert haben als Stadtrat, ist nach ihrer Auffassung der Vertrag sowieso geschlossen. Da kann Herr Roth oder können Sie verhandeln mit ihm. Da muss nicht mal mehr irgendeiner Bedingung zugestimmt werden.

Wenn wir heute etwas anderes wollen oder die Bedingung von Ihnen verlangen, die zu verhandeln, müsste ich den Vertrag grundsätzlich kündigen, um dann überhaupt erst mal Vertragsverhandlungen wieder neu, auch mit dem alten Träger, die dann im Ergebnis dem Stadtrat wieder vorzustellen sind, zu ermöglichen. Das geht gar nicht anders.

Wenn Sie jetzt hier dem Herrn Bönisch erklären, ich nehme das mal mit in die Verhandlungen - morgen treffen Sie Herrn Roth - und dann kommt er und sagt, nein das mache ich nicht mit, weil Ziel war es, genauso wie es da drin steht. Wann kommen Sie dann in den Rat damit?

Dann erklären Sie uns nämlich nach dem Vertragstext hatte ich gar keine Chance, das noch mal mit dem zu verhandeln, dann ist es eben so, dann ist es ohne dem so. Dann kommen wir da nämlich auch nicht mehr raus. Sie unterschreiben das Ding am 30.06.2011 spätestens, nämlich morgen.

Also bleibt Ihnen nur den Beschluss zu fassen, der Verlängerung nicht zuzustimmen, heute zu kündigen und neu zu verhandeln, wegen mir mit beiden, die heute hier zur Debatte stehen. Eine andere Chance haben Sie nicht, wenn Sie ehrlich sein wollen und bleiben wollen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Vielleicht kann ich noch mal etwas sagen. Ich habe volles Verständnis für die emotionale aufgeladene Situation bei diesem Punkt, von allen Seiten. Wir wollen ja versuchen, eigentlich Gräben zu schließen und irgendwie gelingt uns das in keiner Weise.

Und auch Klatschen, weil wir nicht auf dem Markt sind, gibt die Ordnung im Stadtrat nicht her. Dass ich das bisher so toleriert habe, können Sie wirklich als Zeichen dafür nehmen, dass wir uns doch sehr weit aus dem Fenster lehnen und Ihnen entgegenkommen.

Aber es hilft nicht bei einer ausgewogenen Entscheidungsfindung, sondern das zementiert und verhärtet Positionen. Und das wollen wir doch nicht. Wir wollen doch nicht aus einer Verhärtung heraus eine Entscheidung treffen, sondern aus einer Ausgewogenheit. Das möchte ich mal dem Publikum, den Bürgerinnen und Bürgern, sagen. Wir sind hier nicht auf dem Markt. Wir sind in der Nähe des Marktes, aber noch ist es hier das Stadthaus. Vielleicht soweit. Sie bekommen nicht eine Stimme mehr über Klatschen.

Bitte, jetzt Frau Oberbürgermeisterin und dann Frau Dr. Wünscher.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich habe vorhin erklärt: Im letzten Hauptausschuss habe ich das aufgenommen, ich habe das Gespräch geführt mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“. Die stimmen dem Beirat mit der Erweiterung zu.

Ich habe heute früh mit dem Geschäftsführer gesprochen. Er hat erklärt, er nimmt auch das, was jetzt hier „fett gedruckt“ ist, also die Kompetenz des Beirates, auf. Das wird in den Vertrag so eingearbeitet.

Ich habe eben von Frau Dr. Wohlfeld das Signal, dass die Konditionen des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“ auch mit Blick auf den Chor, was die Erwachsenen angeht, aufgenommen werden. Das kann ich dann hiermit auch erklären.

Das heißt, die Dinge sind jetzt so festgeschrieben. Ich erkläre Ihnen, dass das in den Vertrag aufgenommen wird und dann kann der Vertrag so unterschrieben werden. Dann muss er nicht noch einmal dem Stadtrat vorgelegt werden.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Das Wort der Oberbürgermeisterin. Jetzt Frau Dr. Wünscher.

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion:

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, jetzt verstehe ich die Diskussion nicht mehr. Es ist mehrfach gesagt worden, es gilt die Gebührenordnung des Konservatoriums „Georg Friedrich Händel“. Am Konservatorium sind auch Erwachsene, die dort Unterricht erhalten in welchem Fach auch immer.

Und wenn diese Stimmbildung und alles Mögliche andere und wenn sowieso jetzt schon die Gebührenordnung des Konservatoriums gilt, wo ist das Problem, dass für die paar Erwachsenen, die dort in dem Jugendchor sind, da die Gebühren anzupassen, so wie das im Konservatorium üblich ist.

Vielleicht waren die Gebühren schon so, wie sie die Gebührenordnung des Konservatoriums hergibt. Das kann ich nicht übersehen. Wenn es nicht so war, muss es jetzt angepasst werden.

Insofern müssen wir überhaupt gar nichts zusätzlich verhandeln. Es gilt die Gebührenordnung des Konservatoriums, das haben wir damals beschlossen. Das ist niemals aufgehoben wurden. Und deshalb denke ich, ist das mit den Erwachsenen in dem Jugendchor überhaupt kein Problem. Danke.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Jetzt treten wir in die Abstimmungsphase ein. Und damit gibt es jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag 5.8.1 ab.

Sie wissen, dass das schwer Änderungsanträge sind, sondern wir haben Alternativgeschichten vor uns liegen. Aber es läuft unter Änderungsantrag. Aber damit ist natürlich auch eine Entscheidung gegeben.

Ich kann Ihnen auch noch sagen, wie viele Personen wir sind. Es sind 49 anwesend. Herr Dr. Diaby ist rausgegangen, also 48 stimmen ab. Dass Sie das auch wissen. Wer diesem Änderungsantrag jetzt zustimmen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

Abstimmungsverfahren, Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses

zu 5.8.1 **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt 'Frohe Zukunft' Halle-Saalekreis e.V."**
Vorlage: V/2011/09923

geänderter Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat lehnt das Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalekreis e.V. zur Trägerschaft der Singschule ab.*
2. *Der Stadtrat beschließt, den Vertrag mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“, e.V. zur Trägerschaft der Singschule nicht fortzusetzen **und den Vertrag fristgerecht mit Wirkung zum 31.12.2011 zu kündigen.***
3. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Singschule i. Gr. Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft der Singschule zu führen und auf der Basis des bestehenden Leistungsvertrages eine Beschlussvorlage bis zum 30.09.2011 vorzubereiten.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

20 Ja-Stimmen

25 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Herr Paulsen hat einen Geschäftsordnungsantrag.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Wir sind jetzt in der Abstimmung Herr Paulsen. Ich erkundige mich, Moment Herr Paulsen. Dem gebe ich jetzt nicht statt. Ich habe mich beim Rechtsamt erkundigt.

... *Zwischenrufe*

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Verlangen Sie eine namentliche Abstimmung? Auf Auskunft des Rechtsamtes gebe ich jetzt keinem Geschäftsordnungsantrag statt.

... *Zwischenrufe*

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Wir sind in der Abstimmung.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados:

Ich würde es zulassen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM:

Ich habe auch Widerspruch gegen diese Entscheidung.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Moment. Herr Paulsen bitte.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank. Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde das, was wir jetzt hier erlebt haben, ist keine Sternstunde der Demokratie und auch keine Sternstunde ...

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Das geht nicht.

... Zwischenrufe

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag und deshalb ...

... Zwischenrufe

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Lassen Sie mich doch einführen. Sie müssen schon zuhören. Und eben deshalb beantrage ich eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, weil ...

... Zwischenrufe

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Hören Sie doch einfach weiter zu. Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, weil es mittlerweile eine ganze Menge an Punkten gibt, die die Oberbürgermeisterin ...

... Zwischenrufe

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir sind nicht im Verfahren. Wir haben den Änderungsantrag abgestimmt und jetzt ist eine Pause und dann kommt der nächste.

Weil es mittlerweile ganz viele Punkte gibt, die die Oberbürgermeisterin mitnimmt. Dass was wir beschließen, stimmt überhaupt nicht mehr mit dem überein, was letztendlich vorliegen wird. Wir haben einen Beschlussvorschlag, wo steht: wir nehmen das Verhandlungsergebnis zur Kenntnis, siehe Anlage. Die Anlage stimmt nicht überein mit dem, was dann letztendlich vertraglich vereinbart wird mit der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“.

Und darum sind wir nicht in der Lage, das abzustimmen, was die Oberbürgermeisterin unterzeichnen wird. Und darum muss diese Vorlage vertagt werden.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Herr Paulsen, diesen Geschäftsordnungsantrag lasse ich nicht zu. Wir haben uns klar, bevor wir zur Abstimmung geschritten sind, hier verständigt. Und genau die Dinge sind alle ausgeräumt wurden. Ich lasse ihn nicht zu. Sie können sich dagegen dann später beschweren.

Wir stimmen jetzt ab über Tagesordnungspunkt 5.8, die Beschlussvorlage der Verwaltung. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Vorsitzender, ich habe noch zu dem Tagesordnungspunkt noch einen Punkt. Und zwar bin ich mit Ihrem Vorgehen nicht einverstanden, den Geschäftsordnungsantrag nicht zuzulassen. Nach § 8 (1) kann ich jederzeit einen Geschäftsordnungsantrag stellen.

Ich widerspreche dem Vorgehen, wie es gerade stattgefunden hat. Und ich möchte jetzt mindestens noch mal einen genauen Bezug haben, warum das angeblich nicht gegangen ist.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Ich habe Ihren Geschäftsordnungsantrag zugelassen ...

... Zwischenrufe

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Ich habe ihn zugelassen und gehört, aber nicht abgestimmt.

... Zwischenrufe

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Weil es für mich da nichts zum Abstimmen gab.

... Zwischenrufe

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Ich habe es zur Kenntnis genommen.

... Zwischenrufe

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates:

Sicherlich wird das ein Nachspiel haben. Ich lese Ihnen aber auch den § 23 der Geschäftsordnung vor:

„Bei Zweifeln über Auslegung und Anwendung der Geschäftsordnung entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates ...“

Und diesen Zweifel habe ich angemeldet, auch vorher schon. Und alles andere müssen wir an einer anderen Stelle klären.

Ende des Wortprotokolls.

zu 5.12 **Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße**
Vorlage: V/2011/09790

zu 5.12.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße" (Vorlagen-Nummer: V/2011/09790)**
Vorlage: V/2011/09941

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Herr Paulsen, Herr Sieber** sowie **Herr Kley**.

zu 5.12.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße" (Vorlagen-Nummer: V/2011/09790)**
Vorlage: V/2011/09941

Beschlussvorschlag:

*Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgenden Wortlaut:
Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses für den Neubau der Brücke Franz-Schubert-Straße mit behindertengerechten Rampen, unter der Voraussetzung, dass die Rampen auch für ein Befahren durch Radfahrer zugelassen werden.*

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

zu 5.12 **Änderung Baubeschluss IBA Projekt, Ausbau Brücke Franz-Schubert-Straße**
Vorlage: V/2011/09790

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses für den Neubau der Brücke Franz-Schubert-Straße mit behindertengerechten Rampen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, bat darum, dass die Stadtverwaltung den Stadtrat über das Ergebnis der in der Begründung angekündigten Prüfung zu Schadensersatzansprüchen informiert.

zu 6 Wiedervorlage

**zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - Lebensqualität für Halle-Neustadt sichern - Städtebauförderung 2012 erhöhen
Vorlage: V/2011/09659**

An der Diskussion beteiligten sich **Frau Krausbeck, Herr Paulsen, Herr Felke, Herr Dr. Köck** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gaben bekannt, dass bei Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. entsprechend des TOP 6.1 ihre Fraktion den Antrag zu TOP 6.2 zurückziehen werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form):

Der Stadtrat beschließt

- 1. den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zum „Bündnis für eine Soziale Stadt“**
- 2. die Verwaltung aufzufordern, sich gegenüber dem Bund für eine Rücknahme der Kürzungen bei der Städtebauförderung insgesamt einzusetzen.**

Anmerkung:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag lautete:

Städtebauförderungsmaßnahmen stärken seit vielen Jahren erfolgreich den heutigen Stadtteil Neustadt, die früher selbständige Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt. Sie haben u.a. die Einrichtung eines Quartiersmanagement oder die bauliche Aufwertung des Stadtteilzentrums Neustadt ermöglicht. Die bisher nach Halle geflossenen Mittel aus dem Förderprogramm „Sozialen Stadt“ haben die Lebensqualität in unserer Stadt insgesamt erhöht. Sie haben Orte der Begegnung geschaffen und zum sozialen Zusammenhalt beigetragen.

Die Programme der Städtebauförderung sind für unsere Stadt unverzichtbar, um dem demografischen Wandel und dem Klimaschutz gerecht zu werden, die soziale Stabilität in den Stadtquartieren zu sichern, den Wohnraum und das Wohnumfeld attraktiver zu gestalten und die Stadt zukunftsfähig zu machen.

Die Kürzung der Mittel der Städtebauförderung durch die Bundesregierung real auf 1/3 hat tief greifende Auswirkungen auf unsere Stadt. Dadurch ist insbesondere die Fortsetzung und weitere Ausgestaltung begonnener Projekte stark gefährdet.

Die Stadt Halle (Saale) unterstützt deshalb das Anliegen des „Bündnisses für eine Soziale Stadt“ die Städtebauförderungsmittel wieder auf das Niveau von 2010 anzuheben, und tritt diesem Bündnis bei.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Bundesregierung auf,

- a) die Mittel für die Städtebauförderung im Jahr 2012 mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2010 – also auf insgesamt 610 Millionen Euro – zu erhöhen,
- b) die im Jahre 2011 nicht mehr mögliche Verknüpfung von baulich-investiven mit Investitionsbegleitenden sozialen Maßnahmen als Kernpunkt des Programms wieder in vollem Umfang zuzulassen,
- c) den Ausschluss des Programms Soziale Stadt aus der Möglichkeit der Umverteilung von Bundesmitteln zwischen den Programmen der Städtebauförderung wieder aufzuheben.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des "Bündnis für eine Soziale Stadt"
Vorlage: V/2011/09678**

Aufgrund der Zustimmung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. entsprechend des TOP 6.1 zog die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ihren Antrag zurück.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt den Beitritt der Stadt Halle zum „Bündnis für eine Soziale Stadt“.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

**zu 6.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09599**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss (in geänderter Form):

1. § 1 der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Halle (Saale) erhält eine neue Fassung mit folgendem Wortlaut:

§ 1 Aufwandsentschädigung

- 1) Der Stadtwehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhält zur Abgeltung seines Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 125 Euro.
 - 2) Der Stellvertreter des Stadtwehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhält zur Abgeltung seines Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 75 Euro.
 - 3) Die Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhalten zur Abgeltung ihres Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 75 Euro.
 - 4) Die Stellvertreter der Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhalten zur Abgeltung ihres Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 40 Euro.
 - 5) Der Stadtjugendfeuerwehrwart der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) erhält zur Abgeltung seines Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 75 Euro.
 - 6) Die Jugendwarte der Ortsfeuerwehren erhalten zur Abgeltung ihres Aufwands zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 40 Euro.
 - 7) *Die Einheitsführer der Katastrophenschutzeinheiten erhalten zur Abgeltung ihres Aufwandes zum 1. eines Monats im Voraus eine pauschale Entschädigung von 50 Euro.*
2. Es wird ein neuer § 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt.

Im Fall der Verhinderung einer der in § 1 genannten Personen für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als vier Wochen erhält der Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in Höhe der für das jeweilige Ehrenamt vorgesehenen Entschädigung. Erhält der Vertreter bereits eine Aufwandsentschädigung nach § 1 beträgt die Entschädigung, die er zusätzlich als Vertreter erhält, 50 vom Hundert der Aufwandsentschädigung des Vertretenen.

3. Die Zählung der anschließenden §§ wird angepasst.

**zu 6.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Plakatierung in Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09624**

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerte sich **Herr Kley**.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten,

- 1. eine klare Rechtsgrundlage des Handelns der Firma STROER bezüglich der Mastplakatierung darzustellen,*
- 2. die städtischen Satzungen und Erlasse bezüglich der Straßensondernutzung sowie den Vertrag mit der Firma STROER in Einklang zu bringen,*
- 3. als Maßnahme der Wirtschaftsförderung eine Höchstpreisfestlegung in den Vertrag mit der Firma STROER aufzunehmen,*
- 4. dem Stadtrat darzustellen, wie ausreichend Plakatierungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können,*
- 5. die Verwendungsfähigkeit der Rahmensysteme der Firma STROER festzustellen und*
- 6. den Stadtrat die Möglichkeiten einer Neuausschreibung der Plakatierungskonzession darzustellen.*

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

**zu 6.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der
Berichterstattung gegenüber BürgerInnenschaft und Stadtrat
Vorlage: V/2011/09692**

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Frau Krausbeck, Herr Bönisch** und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, bat um Feingefühl bei der Erstellung des Konzeptes. Dieses sollte nicht zu umfangreich ausfallen und nur Berichte vorgelegt werden, aus denen Schlussfolgerungen gezogen werden können und die Stadt Halle weiter voranbringen würden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte dies zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- 1.) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein System regelmäßiger schriftlicher Berichterstattungen zu wichtigen Arbeitsinhalten und strategischen Ausrichtungen der städtischen Ämter und Stabsstellen einzuführen, mit dem Ziel, die Weitergabe von Informationen an BürgerInnenschaft und Stadtrat nachhaltig zu verbessern.
- 2.) Zu diesem Zweck ist dem Stadtrat bis Oktober 2011 ein Konzept für die Umsetzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 7.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE., MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Übernahme der Singschule durch den Verein Singschule i. Gr.
Vorlage: V/2011/09911**

Durch Beschlussfassung zum TOP 5.8

Zustimmung zum Verhandlungsergebnis zur Verlängerung des Leistungsvertrages zur Trägerschaft der Singschule mit der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft" Halle-Saalekreis e.V.
Vorlage: V/2011/09811

wurde der Antrag für erledigt erklärt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Singschule i. Gr. Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft der Singschule zu führen und auf der Basis des bestehenden Leistungsvertrages eine Beschlussvorlage bis zum 30.09.2011 vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: erledigt

- zu 7.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Abschaffung der Betriebsferien beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09885**

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Wolter, Herr Paulsen, Herr Häder** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Jugendhilfeausschuss und bat darum, dass die Verwaltung bei Behandlung des Antrages im Ausschuss einen Entwurf zur Satzungsänderung entsprechend ihrer Stellungnahme vorlege. Dann könne der Antrag seiner Fraktion für erledigt erklärt werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Betriebsausschuss Eigenbetrieb KITA.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) spricht sich für die Abschaffung der Betriebsferien in den Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebes Kindertagesstätten mit Beginn des Jahres 2012 aus und beauftragt die Eigenbetriebsleitung und die Oberbürgermeisterin alle dafür notwendigen Schritte beim Eigenbetrieb bzw. bei der künftigen Anstalt des öffentlichen Rechts (u. a. Streichung § 5 der Satzung des „Eigenbetriebes über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)“) einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
Jugendhilfeausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den
Betriebsausschuss Eigenbetrieb KITA

**zu 7.4 Antrag des Stadtrates Manfred Sommer (MitBÜRGER für Halle) zu Standortentscheidungen für Kunst im öffentlichen Raum
Vorlage: V/2011/09887**

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Herr Sommer** und **Herr Bonan**.

Herr Bonan, SPD-Fraktion, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

dem Stadtrat bei dauerhaften Standortentscheidungen zu Kunstobjekten im öffentlichen Raum immer eine Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion in den
Kulturausschuss

**zu 7.5 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung des Gender Budgetings in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09888**

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Frau Wolff** und **Frau Krausbeck**.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies den Antrag namens der Fraktion zudem in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die anstehende Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesens zu nutzen, um möglichst zugleich „Gender Budgeting“ (stufenweise) in der Stadt Halle (Saale) zu verankern.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den **Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den **Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**

**zu 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verkehrsberuhigung der Kleinen Ulrichstraße
Vorlage: V/2011/09918**

An der Diskussion beteiligten sich **Frau Dr. Brock, Herr Misch, Herr Kley, Herr Bönisch, Herr Sieber, Herr Paulsen** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin änderte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, den Antrag ihrer Fraktion in einen Prüfauftrag:

„Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung zu prüfen, wie bis ...“

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
23 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass der Antrag durch die **Fraktion DIE LINKE**. zudem in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten verwiesen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt stellt in der Periode von 2012 bis 2021 über einen Zeitraum von jeweils drei Jahren mindestens 12 Mio. Euro direkt und als Rückstellungen (Verpflichtungsermächtigungen) für die Instandhaltung, Instandsetzung und den Ersatzneubau von Brückenbauwerken in der Stadt Halle (Saale) in den Haushalt ein. Die Stadtverwaltung wird dies bereits im Haushaltsentwurf für 2012 berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den **Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften**

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE. in den **Ausschuss für Planungsangelegenheiten**

**zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage des Raumkonzeptes der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2011/09908**

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerte sich **Herr Paulsen**.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat die erarbeitete Raum- und Gebäudebestandsanalyse hinsichtlich der aktuell durch die Stadtverwaltung genutzten Gebäude für die Stadtratssitzung im August 2011 als Informationsvorlage vorzulegen.

zu 7.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle
Vorlage: V/2011/09905

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich **Frau Krausbeck, Herr Hildebrandt, Herr Kley, Frau Dr. Brock, Frau Ute Haupt** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verwies den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, in den Jugendhilfeausschuss sowie in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss mit der Maßgabe, dass die Ergebnisse in den Ausschüssen an die Arbeitsgruppe „Trinken im öffentlichen Raum“ herangetragen werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Stadt Halle eine zusätzliche Stelle einer Straßensozialarbeiterin bzw. eines Straßensozialarbeiters für die Zielgruppe der erwachsenen Suchtkranken insbesondere durch Förderprogramme der EU oder andere Förderprogramme finanziert werden kann.*
- 2. Es ist auch zu prüfen, ob ein Teil der benötigten Mittel durch finanzielle Beteiligung z. B. von Vermietern, Wohnungsgesellschaften und Einkaufszentren eingeworben werden kann.*
- 3. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat im November 2011 vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Jugendhilfeausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

zu 7.11 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zu Ehrungen von Bürgerinnen und Bürgern durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09898

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Dr. Fikentscher, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Bönisch** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, verwies den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss sowie in den Hauptausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- 1. dem Stadtrat eine Auflistung von bisher in Halle bestehenden Formen von Ehrungen und, soweit möglich, der Zahl geehrter Bürgerinnen und Bürger zukommen zu lassen,*
- 2. zu recherchieren, welche Formen der Ehrung bürgerschaftlichen Engagements und von Verdiensten um das Wohl der jeweiligen Stadt in den anderen Großstädten zur Anwendung kommen,*
- 3. dem Rat Vorschläge für geeignete Formen von Ehrungen zu unterbreiten, die zukünftig in Halle vorgenommen werden könnten.*

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM in den
**Kulturausschuss,
Hauptausschuss**

**zu 7.12 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2011/09939**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Herr Karsten Weidner scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.

Der Stadtrat beruft Herrn Hartmut Müller als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**zu 7.13 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2011/09940**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Herr Hartmut Müller scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Sportausschuss aus.

Der Stadtrat beruft Herrn Dr. Thomas Prochnow als sachkundigen Einwohner in den Sportausschuss.

**zu 7.14 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, CDU, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einführung einer Umweltzone in Halle
Vorlage: V/2011/09947**

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Kley, Herr Dr. Diaby, Herr Krause, Herr Weirich, Herr Paulsen, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Hildebrandt** sowie **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte die unter dem TOP Mitteilungen vorgesehene Berichterstattung zum aktuellen Sachstand zur Einführung einer Umweltzone in der Stadt Halle durch die Oberbürgermeisterin.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, gab bekannt, dass mit dem Bericht der Oberbürgermeisterin der Dringlichkeitsantrag als erledigt zu betrachten sei und die CDU-Fraktion aufgrund dessen von der Antragstellung zurücktrete.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat appelliert an die Stadtverwaltung, für die vom Land geforderte Umweltzone in der Stadt Halle alle notwendigen Vorkehrungen für die fristgerechte Einrichtung zum 1. September 2011 zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Anmerkung:

Änderung im Betreff - die CDU-Fraktion ist von der Antragstellung zurückgetreten.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

**zu 8.1 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Elisabethbrücke / Mansfelder
Straße
Vorlage: V/2011/09799**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE
LINKE. und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
geschlechtsspezifischen Datenerfassung
Vorlage: V/2011/09797**

**Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, die Darstellung der Frauen
in Führungspositionen in städtischen Unternehmen nachzureichen.**

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Brandschutzmaß-
nahmen in Kindertagesstätten und Schulen
Vorlage: V/2011/09806**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Mit-
gliedschaft in Unterhaltungsverbänden des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: V/2011/09786**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage des Stadtrates Raik Müller (CDU) zum Zustand des Pflasters
in der Geiststraße
Vorlage: V/2011/09892**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Reparatur
des Pflasters in der oberen Leipziger Straße
Vorlage: V/2011/09894**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Müllentsor-
gung am Hufeisensee
Vorlage: V/2011/09893**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu örtlichen
Bausatzungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09897**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Fort-
schreibung der Fachkonzepte innerhalb der Haushaltskonsolidierung
Vorlage: V/2011/09884**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Beset-
zung von Personalstellen in der Stadtverwaltung
Vorlage: V/2011/09883**

**Die Beantwortung der Frage 1 wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.
Die Antwort der Verwaltung zu Frage 2 wurde zur Kenntnis genommen.**

**zu 8.11 Anfrage des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zur
Wahlplakatierung
Vorlage: V/2011/09882**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.

zu 8.12 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu Winterschäden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09900

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.13 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Einhaltung und zur Kontrolle des Durchfahrstverbots in der Großen Ulrichstraße und der Großen Steinstraße
Vorlage: V/2011/09901

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.14 Anfrage des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zum Stand der Planungen für den Domplatz
Vorlage: V/2011/09902

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, regte an, dass die Verwaltung aufgrund der Fertigstellung der Klausbrücke und der Parksituation in der Innenstadt darüber informieren sollte, dass nun wieder Kontrollen am Domplatz durchgeführt und entsprechende Ordnungswidrigkeiten gehandelt werden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.15 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zur Innenbereichssatzung Nr. 1, Am Pestalozzipark der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09913

Zur Antwort der Verwaltung äußerten sich **Herr Kley** und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**.

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.

zu 8.16 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion zu den Finanzströmen zwischen der Stadt Halle (Saale) und der event-net GmbH
Vorlage: V/2011/09912

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.17 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Umsetzung des pädagogischen Konzeptes der Inklusion
Vorlage: V/2011/09886

Zur Antwort der Verwaltung äußerte sich **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, dass die Aussagefähigkeit der Verwaltung zum Hortfachtage nicht ausreichend war.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

zu 8.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu leer stehenden Schulgebäuden
Vorlage: V/2011/09899

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.

zu 8.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der Hortbetreuung in Halle
Vorlage: V/2011/09895

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte hinsichtlich der Antwort auf Frage 2 nach, ob die Kennzahlen für die pädagogische Nutzfläche im Innen- und Außenbereich bekannt seien und bat darum, diese nachzureichen.

In Bezug auf die Antwort zu Frage 5 bat **Herr Paulsen** um eine erneute Beantwortung, da die Aussage der Verwaltung dazu unzureichend wäre.

Seitens der **Stadtverwaltung** wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Vorhaben kostenfreies WLAN auf dem Marktplatz
Vorlage: V/2011/09917**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um eine erneute konkrete Beantwortung der Anfragen zu TOP 8.20 und TOP 8.21.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Sachstand Verbesserung der Breitbandversorgung
Vorlage: V/2011/09916**

siehe Ausführungen Herr Paulsen zu TOP 8.20

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.22 Anfrage des Stadtrates Oliver Paulsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Notfall-Wasserversorgung durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09915**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.

**zu 8.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wassertourismuskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09904**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.

**zu 8.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Perspektiven des Badens in der Saale
Vorlage: V/2011/09909**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.

**zu 8.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Auswirkungen einer Reform des Vormundschaftsrechts
Vorlage: V/2011/09907**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.26 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu Statistiken bezüglich Gewalt im häuslichen sowie im öffentlichen Bereich
Vorlage: V/2011/09903**

Die Anfrage wurde auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt.

**zu 8.27 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Entwicklung der Städtepartnerschaften
Vorlage: V/2011/09896**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Stand Umsetzung Konjunkturprogramm II

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.2 Informationsvorlage - Bericht über die Aktivitäten zur Durchsetzung der Gefahrenabwehrverordnung (§ 15 GAVO) in Halle (Saale) zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion (Vorlagen-Nr.: V/2010/09181)
Vorlage: V/2011/09567**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.3 Bericht Schulwegsicherheit - Teilbericht Grundschulen
Vorlage: V/2011/09760**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 9.4 Information zum Antrag der SPD-Fraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung**
Vorlage: V/2011/09683
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 9.5 Informationsvorlage zum Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Überprüfung der Rechnungsstellung und Kalkulation des ZGM (V/2010/08709)**
Vorlage: V/2011/09725
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

- zu 9.6 Orientierung für die Haushaltsplanung 2012**
Vorlage: V/2011/09853
-

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

weitere Mitteilungen:

Frau Oberbürgermeisterin Szabados teilte mit, dass sie ein Schreiben an den Bundesverkehrsminister, Herrn Dr. Ramsauer, gesandt habe. Darin wende sich die Verwaltung ausdrücklich gegen die vorgesehene Einstufung der Saale als Restwasserstraße. Sie sagte zu, dies den Fraktionen zukommen zu lassen.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

zu 10 Anregungen

Anregung **Herr Müller, CDU-Fraktion**, zur Errichtung einer Speedskateanlage mit der Bitte um Prüfung, ob entsprechend des Schreibens des Halleschen Inlineskateclubs e. V. Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt werden können. Er übergab das Schreiben an die Verwaltung und bat um eine Information im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften im Zusammenhang mit der Behandlung des Antrages der SPD-Fraktion zu dieser Thematik.

Anregung **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, ab dem Viertelfinale der Frauen Fußball-WM ein Public Viewing anzubieten.

Anregung **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zur Sicherung der Aussagefähigkeit der Verwaltung in den Ausschüssen bei verwiesenen Anträgen.

Anregung **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zur Mitteilung der Oberbürgermeisterin hinsichtlich der Einstufung der Saale als Restwasserstraße im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion zu dieser Thematik.

Die Anregung wurde durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beantwortet. Es lag eine Aufforderung des Landesministeriums zur Stellungnahme vor.

Anregung **Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion**, zur Aufnahme regelmäßiger Kontrollfahrten zur Beseitigung der illegalen Müllentsorgung im Bergschenkenweg.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Es gab keine weiteren Anregungen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Anfrage **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE.**, zum vorgesehenen Umzug der Freien Schule Riesenklein.

Die Anfrage wurde durch **Herrn Beigeordneten Neumann** zur geplanten Gesprächsführung beantwortet.

Anfrage **Herr Misch, CDU-Fraktion**, zum Hochwasser auf Gelände des Halleschen Kanu-Clubs 54 e. V.

Anfrage **Herr Misch** zur Gedenkveranstaltung des 17. Juni auf dem Hallmarkt.

Zur Anfrage zum Hochwasser sagte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** eine Prüfung zu.

Die Anfrage zur Gedenkveranstaltung des 17. Juni auf dem Hallmarkt wurde durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beantwortet, dass die Fahrradbügel die Gedenkfeiern nicht stören.

Anfrage **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, zum aktuellen Stand zu Sanierungsmöglichkeiten der ehemaligen Schweinemastanlage in Lettin entsprechend ihrer Anfragen in der Stadtratsitzung am 25.05.2011 sowie im Hauptausschuss am 22.06.2011.

Die Anfrage wurde durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beantwortet, dass derzeit die Möglichkeiten zur Aufforstung geprüft werden.

Anfrage **Herr Bönisch, CDU-Fraktion**, zum Stand des Genehmigungsverfahrens des städtischen Haushaltes für das Jahr 2011.

Die Anfrage wurde durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** und **Herrn Beigeordneten Geier** beantwortet. Derzeit finden Anhörungen bei der Kommunalaufsicht statt. Termin für die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes sei der 21.07.2011.

Zudem wurde die Sachlage ausführlich im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften dargestellt. Das heißt der Haushaltsbeschluss könne derzeit nicht vollzogen werden.

Anfrage **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, nach dem Zeitpunkt der Einbringung einer Beschlussvorlage zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Förderungen im Haushaltsjahr 2011. Dazu gab es lediglich eine Information zum Arbeitsstand im nicht öffentlichen Teil des Kulturausschusses.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Anfrage **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zum Public Viewing ab dem Viertelfinale der Frauen Fußball-WM entsprechend ihrer Anregung.

Die Anfrage wurde durch **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** beantwortet, dass angesichts der vorläufigen Haushaltsführung kein Public Viewing organisiert werden könne.

Anfrage **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zum Stand der Baugenehmigung für das Bauvorhaben Errichtung einer Kindertageseinrichtung in der Talstraße 27.

Es erfolgte eine Beantwortung durch **Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack** im persönlichen Gespräch.

Anfrage **Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, zur A 143 im Zusammenhang mit der Diskussionsrunde zur Hochstraße auf dem Marktplatz.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, zur Verabschiedung von Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack.

Es erfolgte eine Beantwortung durch **Herrn Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, dass Teile des nicht öffentlichen Teils auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt werden.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 12 Anträge auf Akteneinsicht

zu 12.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Unterlagen der Stadt Halle (Saale) zu allen haleschen Bauwerken

zu 12.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion auf Akteneinsicht in die Verträge zwischen der Personalagentur Uken und der Stadt Halle (Saale)

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, gab bekannt, dass zu den bereits vorliegenden Anträgen folgender weiterer Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliege:

Antrag auf Akteneinsicht zu Baumfällungen im Jahr 2011 im Bereich Landrain Stadtpark.

Weitere Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte im Zusammenhang mit der Abschiedsveranstaltung für Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack, dass nach Prüfung durch die Verwaltung die Tagesordnungspunkte im nicht öffentlichen Teil bis auf den TOP 3.1

Vergabebeschluss: Amt 66-B-03/ 2011, Los 1 - Infrastrukturprogramm Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost, Ausbau Otto-Stomps-Straße
Vorlage: V/2011/09839

auf die Stadtratssitzung im August 2011 vertagt werden könnten. Er schlug vor, so zu verfahren, um die Abschiedsveranstaltung in der Neuen Residenz wahrnehmen zu können.

Seitens der Stadratsmitglieder gab es keine Widersprüche.

Verabschiedung Bürgermeister Herr Dr. Pohlack

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, und **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** bedankten sich eingehend bei Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack für seine siebenjährige Tätigkeit und Zusammenarbeit als Beigeordneter und würdigten seine herausragenden Leistungen sowie die Umsetzung bedeutender Projekte, wie beispielsweise der Neubau des Fußballstadions.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verabschiedete **Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack** offiziell durch die **Überreichung der Entlassungsurkunde in den Ruhestand**.

Herr Bürgermeister Dr. Pohlack bedankte sich bei allen Anwesenden für die jahrelange Zusammenarbeit und für die würdigenden Worte zu seinem Abschied.

Die **Fraktionsvorsitzenden** bedankten sich ebenfalls bei Herrn Dr. Pohlack und verabschiedeten ihn in den Ruhestand. Zudem bedankten sich zwei **Mitglieder des HFC** im Namen aller Mitglieder und Fans bei Herrn Bürgermeister Dr. Pohlack für seinen Einsatz des Stadionneubaus.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 23. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Anja Schneider
stellv. Protokollführerin